

Niederschrift, ö

Gremium	Bezirkstag
Nummer	BezT/004/2015
Datum	Donnerstag, 17.12.2015
Ort	Sitzungssaal im 5. OG des Verwaltungsgebäudes
Beginn	09:34 Uhr
Ende	12:21 Uhr

Anwesenheit

Vorsitzender

Mederer, Josef

Mitglieder CSU

Steinberger, Friederike
 Bichler, Josef
 Breher, Barbara
 Eichner, Reinhard
 Friesinger, Sebastian
 Großmann, Rainer Dr.
 Hartsperger, Veit
 Hausberger, Claudia
 Hobmeier, Karin
 Hofstetter, Franz
 Klein, Patricia
 Knöferl, Robert
 Kuhn, Barbara
 Linder, Ingeborg
 Linhart, Susanne
 Loy, Josef
 Meyer, Beate
 Off-Nesselhauf, Gabriele
 Schindlmayr, Simon
 Schwarzenberger, Thomas
 Spitzbauer, Anton
 Weiß, Ilse
 Wetzelsperger, Georg
 Wohlrab, Sabine
 Wunsam, Günther

Mitglieder SPD

Asam, Michael
 Broschei, Hiltrud
 Eberl, Martin
 Hofmann, Irmgard
 Hörl, Christina
 Hügenell, Helga
 Jordan, Elisabeth
 Malm, Mike Dr.

Murken, Jan Prof. Dr.
Rödig, Günther Dr.
Salvermoser, Richard
Weitzel, Katja
Wimmer, Gerhard

Mitglieder Bündnis 90/Die Grünen

Becher, Johannes	abwesend ab TOP 3
Goldstein, Ulrike	anwesend ab TOP 2
Halbauer, Jan	
Janner, Elisabeth	abwesend ab TOP 9
Siebler, Joachim	
Tuttas, Petra	
Zintl, Roland	

Mitglieder FW

Degenhart, Christine	abwesend ab TOP 2
Heigl, Marianne	
Hofer, Sepp	
Schanderl, Michael Dr.	
Schneider, Rainer	
Specker, Konrad	

Mitglieder BP

Barth, Hansjörg
Dorn, Hubert
Weber, Florian

Mitglieder FDP

Baudissin-Schmidt, Barbara Gräfin
von
Friedl-Laussenmeyer, Sigrid

Mitglieder ÖDP

Ruff, Tobias	
Schildbach-Halser, Johanna	abwesend ab TOP 2 nö

Mitglieder Piraten

Berg, Gabriela Dr.
Wenta, Martina

Mitglieder Die Linke

Jenkner, Beate

Verwaltung

Beck, Johanna
Brinckmann, Ernst
Bruckmann, Wolfgang Dr.
Buchauer, Christina
Büllesbach, Susanne
Duschner, Karl
Englmaier, Wolfgang
Erdmann, Kerstin
Fance, Brigitte
Fuhrmann, Johann
Getzlaff, Stefan

Gilch, Agnes
Goriß, Monika
Götz, Daniela
Gräbsch, Dorit
Habermeier, Lisa
Holzner, Harald
Kohl, Markus
Lengmüller, Regina
Mauermayer, Constance
Meier, Alexander
Neubauer, Annika
Nilsson, Kirsten
Noneder, Carina
Paster, Friederike
Poppe, Ludwig
Reil, Josef
Roth, Helmut
Schedina, Christian
Schempp, Jürgen
Schilcher, Nina
Schillmaier, Anna
Schmitz, Erich
Schnödt, Magdalena
Tietze, Torsten
Tobolar-Karg, Marga
Wenzig, Ulrike
Will, Sylvia
Zdarsky, Andreas
Zens, Stefanie
Zieglmaier, Margarete

Weitere Anwesende

Hillenbrand, Christoph
Spuckti, Martin

Protokollführerin

Wieser, Margit

Entschuldigt

Mitglieder CSU

Bertl, Alexandra
Funke, Annemarie
Hainz, Birgit
Schwab, Harald

Mitglieder Bündnis 90/Die Grünen

Bohr, Sylvio

Tagesordnung

I. Öffentliche Sitzung

TOP 1	Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung
TOP 2	Haushaltssatzung 2016 und Haushaltsplan mit Anlagen
TOP 3	Änderung der Geschäftsordnung
TOP 4	Gremienbesetzung - Änderungen
TOP 5	Änderungen der Richtlinie zur Vergabe von Zuwendungen des Bezirks Oberbayern
TOP 6	Beteiligungsbericht Geschäftsjahr 2014 - Klinische Beteiligungen
TOP 7	kbo, Kliniken des Bezirks Oberbayern - Kommunalunternehmen; Eröffnungsbilanz zum 01.01.2007
TOP 8	Dritter Sozialbericht des Bezirks Oberbayern im Rahmen der Gesamtsozialplanung
TOP 9	Bekanntgaben und Sonstiges

Bezirkstagspräsident Josef Mederer eröffnet um 09:34 Uhr die öffentliche Sitzung des Bezirkstages, begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Bezirkstages fest.

BTP Mederer begrüßt Regierungspräsident Herrn Hillenbrand und überreicht einen Biohonig vom Bezirk Oberbayern.

TOP 1 Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Beschluss:	angenommen	Ja 61 Nein 0
-------------------	-------------------	------------------------

TOP 2 Haushaltssatzung 2016 und Haushaltsplan mit Anlagen

Haushaltsrede 2016 von Bezirkstagspräsident Herr Josef Mederer

- es gilt das gesprochene Wort -

Bevor wir wesentliche Punkte des Haushaltsplanes 2016 betrachten, möchte ich die Gelegenheit nutzen, der Kämmerei für die gute Vorbereitung sowie die übersichtliche Darstellung dieses umfangreichen Zahlenwerkes zu danken. Der Sommer und Herbst wurde intensiv genutzt, damit wir heute über den Entwurf abstimmen und somit die Weichen für das Haushaltsjahr 2016 stellen können.

Ich denke, dass wir auf ein sehr ereignisreiches Jahr zurückblicken können, das viele positive Dinge mit sich brachte, aber auch Inhalte hatte, die uns ein wenig getrübt in die Zukunft blicken lassen. Ein zentraler Baustein bei der Aufstellung des Haushaltsplans ist die Entwicklung der Umlagekraft. Diese sieht mit 8,0 Prozent Umlagekraftsteigerung auf nunmehr knapp 6,4 Mrd. € auf den ersten Blick äußerst erfreulich aus. Jedoch muss man sich hierfür in Erinnerung rufen, dass der Großteil dieser Umlagekraftsteigerung auf einer Änderung der Berechnungsmodalitäten hinsichtlich der Nivellierungshesätze beruht und nicht aufgrund eines derart starken Zuwachses an Steuerkraft zustande kommt. Unbürokratisch und vereinfacht ausgedrückt heißt das: Der Kuchen ist bei weitem nicht um 8,0 Prozent angewachsen, er wird nun lediglich anders in die Berechnung einbezogen und verteilt. Das eigentliche Steueraufkommen ist geringer gewachsen als in den Vorjahren und lässt ein wenig skeptischer in die Zukunft schauen. Folglich war und ist es auch richtig, dass wir, wie es inzwischen zur guten Tradition geworden ist, uns im Juli mit Umlagezahlern getroffen und über die gefestigten Hebesatzprognosen für 2016 informiert haben. Einvernehmlich hat man sich im Juli in diesem Kreis darauf verständigt, dass der Bezirkstag an den 19,5 Prozentpunkten Hebesatz festhalten sollte, um damit so weit wie möglich Stabilität und Kontinuität gewährleisten zu können.

Was in den Monaten, nachdem ich mich im Juli mit den Landräten getroffen habe, an den deutschen Grenzen passiert ist, wissen wir alle: große Flüchtlingsströme haben sich in Bewegung gesetzt, um in Deutschland Zuflucht vor Gewalt, Krieg und Folter zu suchen. Sehr viele hiervon kamen und kommen noch immer in Oberbayern an. Bis zum Jahresende rechnen wir mit gut 8.300 Fällen unbegleitet eingereister Kinder und Jugendlicher. Zudem gab es zum 01.11.15 eine Gesetzesänderung, die das bisherige Kostenverteilungssystem durch ein reales Verteilungssystem, nämlich den Königsteiner Schlüssel ersetzt. Ferner hatte der Freistaat im FAG-Gespräch zugesichert, die gesamten Kosten für die jungen Flüchtlinge zu übernehmen. Von dieser Zusage ist man im Protokoll abgewichen und beharrt bis heute darauf, lediglich die Kosten für die Minderjährigen

zu übernehmen und die Erstattungspflicht für diejenigen, die im Laufe des Verfahrens volljährig werden, aber noch Leistungen der Jugendhilfe beziehen, weiterhin bei den Bezirken zu belassen. Was bedeutet dies unterm Strich für den Bezirk Oberbayern? Eine Zuschussbedarfssteigerung von 60-120 Mio. €, die nicht nur heuer im Haushaltsplan stehen wird, sondern sich mittelfristig auch in den nächsten paar Jahren in dieser Region einpendeln wird. Da die Position aufgrund der Datenlage derzeit noch nicht klar zu umreißen ist, bleibt uns nichts anderes übrig, als ggf. mit einem Nachtragshaushalt im Sommer 2016 zu abreiten. Mit den Unschärfen, mit denen wir uns gegenwärtig konfrontiert sehen, ließe sich mit guten Gewissen kein vernünftiger finanzieller Ansatz festsetzen, so dass wir die Situation im Frühjahr nochmals diskutieren und neu bewerten müssen. Dies entkräftet aber keineswegs meine Forderung, dass der Freistaat seiner Zusage und seiner Verantwortung gerecht werden und auch die Kosten für die jungen Volljährigen erstatten muss. Im Gegenteil! Ich fordere jeden einzelnen von Ihnen auf, hierfür im Rahmen seiner Möglichkeiten zu versuchen, Einfluss auf die Mandatsträger im Landtag zu nehmen. Unterm Strich bedeutet dies für den Umlagezahler 1-2 Prozentpunkte Bezirksumlage, das muss allen klar sein!

Folglich sind wir, was unseren Kurs in den letzten Jahren angeht, auch goldrichtig gefahren. Wir haben eine Rücklage geschaffen und wir haben Schulden abgebaut, um gewappnet zu sein, falls es einen wirtschaftlichen Einbruch geben sollte. Hätten wir diese Rücklage nicht, so hätten wir nun ein richtiges Problem. Aber auch die Rücklage wird bei derartigen Summen bald verbraucht sein, so dass es nochmals deutlicher wird, dass wir den Freistaat bei den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in die Pflicht nehmen müssen.

Die Herausforderungen, die durch die Flüchtlingsströme auf unsere Kliniken zukommen, sind ebenfalls gewaltig. Traumatisierte Flüchtlinge, der vermehrte Einsatz von Dolmetschern, die bedarfsgerechte Anpassung der Platzzahlen sind nur einige wenige Punkte, die vom kbo und seinen Mitarbeitern zusätzlich bewältigt werden müssen. Besonders die Kinder- und Jugendpsychiatrie steht hier im Fokus. Ich habe mich bei einem regelmäßigen Jour Fixe mit kbo, Sozialverwaltung und Bezirkstag hier sehr aktuell informieren lassen, um umgehend reagieren zu können. Aber zum Glück können wir auch bei kbo auf hoch motivierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zurückgreifen, wofür ich Herrn Spuckti stellvertretend meinen großen Dank aussprechen möchte. Vom kbo wird hervorragende Arbeit geleistet und man hat sich rechtzeitig umfassend gerüstet für die neuen Aufgaben. Insbesondere die Heckscher Klinik arbeitet am Anschlag, ist aber in der Lage, die besonderen Herausforderungen durch die jugendlichen Flüchtlinge zu meistern. Meinen herzlichen Dank dafür!

Aber die Dringlichkeit und Aktualität der Flüchtlingsdiskussion darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir auch in unserem Kernbereich, also der Hilfe zur Pflege und der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen, erhebliche Zuwächse im Zuschussbedarf haben. Insbesondere in der Eingliederungshilfe zeigt sich bei den Steigerungen im Zuschussbedarf bei den ambulanten Hilfen, dass wir Inklusion weiter vorantreiben und der Verantwortung gerecht werden, die wir für viele tausende Menschen tagtäglich haben. Aber es gibt auch Hindernisse bei der Inklusion. Zum Beispiel wird das Vorhaben, die ambulanten, dezentralen Wohnformen weiter zu fördern, durch die Wohnungsnot in den Ballungszentren erschwert. Der Freisinger Appell als Reaktion hierauf zeigt deutlich den Handlungsbedarf. Folglich müssen wir auch im Rahmen unserer Oberbayerischen Heimstätte unseren Beitrag leisten, dass Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung bezahlbar bleibt.

Große Meilensteine wurden im letzten Jahr von uns gemeinsam beschlossen und auf den Weg gebracht. Einer hiervon ist der flächendeckende Aufbau des ambulant psychiatrischen Krisendienstes. Dieser wird nachhaltig dafür sorgen, dass die ambulante psychiatrische Krisenintervention deutlich verbessert wird. Wir als Bezirk lassen uns diesen Meilenstein in der ambulanten Versorgung auch Einiges kosten. Und dieses Geld ist gut angelegt! Schade hierbei ist jedoch, dass sich die Krankenkassen nicht finanziell beteiligen, da diese doch in erheblichem Maße profitieren werden.

Aber auch bei den Investitionen des Bezirks wird im nächsten Haushaltsjahr richtig losgelegt. Nachdem der Umbau des Casinos abgeschlossen wurde und es ein großartiger Ort geworden ist,

wovon Sie sich ja selbst vorher überzeugen konnten, wird 2016 der Neubau des Plenarsaales in Angriff genommen. Die Abrissarbeiten werden im 02. Quartal beginnen, die Aufbauarbeiten ab September, so dass wir sicherstellen können, dass spätestens das letzte Plenum dieses Bezirkstags in den neuen Räumlichkeiten stattfinden wird. Aber auch beim Neubau des Eingangsgebäudes auf der Glentleiten wird 2016 der lang ersehnte Spatenstich erfolgen, die Umbaumaßnahmen bezüglich des Zukunftskonzeptes im Kloster Seeon werden 2016 gestartet, die Instandsetzung in Johanneskirchen wird weiter vorangetrieben und und und...

Folglich möchte ich Sie alle ermuntern, um die Ergebnisse dieser umfassenden Baumaßnahmen auch alle mitzubekommen, für die kommende Amtsperiode wieder zu kandidieren.

Spaß beiseite: ich bin mir bewusst, dass Bauarbeiten für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sie „erdulden“ müssen, nicht das reine Vergnügen sind. Das hat man hier im Hause gesehen, wo viele Büroräume geräumt werden mussten und auch wir als Bezirksräte uns häufig über die schon wieder veränderte Wegführung zu den Sitzungssälen gewundert haben. Aber auch der Weg, bis so eine Baumaßnahme endlich beginnt, kann beschwerlich sein, wie wir am Beispiel Glentleiten und BBW Johanneskirchen gerade erleben. Bei beiden Bauvorhaben sind wir hoffentlich nun auf einem guten Weg. Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre Geduld, die wir aber nicht überstrapazieren dürfen.

Wie immer, wenn man die Highlights des nun fast vergangenen Jahres herausucht, läuft man Gefahr, das Wesentliche zu übersehen. Deshalb bitte ich um Nachsicht, dass ich mir nur wenige Glanzlichter herausgepickt habe, die uns 2016 erfreut haben:

Mit ZAMMA haben wir in Freising einen Volltreffer gelandet. Sowohl der neuen Namen als auch das inklusive Konzept haben ins Schwarze getroffen. ZAMMA ist zu einem wahren Mitmach-Festival für alle geworden!

Bereits zu Beginn des Jahres haben wir unseren Internet-Auftritt neugestaltet und er ist unter die 100 besten neuen Websites gelistet worden. Auch unser Intranet ist seit etwa zwei Monaten komplett runderneuert.

Neuer Chef in Seeon

30 Jahre VMA

Negatives „Highlight“:

Schadstoffe auf der Glentleiten

Absolut professionelles Handling

Als Bezirkstagspräsident bin ich aber nicht nur Repräsentant des Bezirks, sondern Chef der Verwaltung. Und da haben wir ein arbeitsames Jahr hinter uns, das neben der Bewältigung unserer Aufgaben auch sehr stark von Organisationsuntersuchungen geprägt war. Solche Untersuchungen sind anstrengend und herausfordernd für die Mitarbeiter, aber notwendig, um wieder einmal den Blick neu zu justieren und Abläufe kritisch zu durchleuchten. An der Umsetzung der Empfehlungen, die ja manchmal nur kleine Richtungsanpassungen sind, werden wir im neuen Jahr verstärkt arbeiten. Ich möchte deshalb allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken und freue mich, über die vielen Rückmeldungen, die ich bekomme, wenn ich durchs Haus gehe. Wir haben eine klasse Mannschaft hier im Haus und in den Einrichtungen.

Abschließend möchte ich mich auch bei Ihnen allen bedanken. Bedanken für ein sehr gutes politisches Miteinander, gute Gespräche und Diskussionen, einen großen Konsens hinsichtlich der Aufgaben des Bezirks und insbesondere bei den Fragen, die die vielen Menschen mit Behinderungen oder mit Pflegebedürftigkeit betreffen. Herzlichen Dank auch an meine beiden Stellvertreter, Michael Asam und Friederike Steinberger für das kollegiale, unkomplizierte Miteinander.

**Haushaltsrede 2016 des Fraktionsvorsitzenden der CSU
Herr Josef Loy**

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident
verehrter Herr Bezirkstagspräsident und
Präsident des Bayerischen Bezirkstags,
verehrter Herr Vizepräsident,
verehrte Frau Vizepräsidentin,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
im Bezirk Oberbayern,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,
verehrte Damen und Herren.

Wir leben in einer Heimat, die uns Leben lässt, die uns Zukunft gibt, die wir erhalten wollen, die von uns Verantwortung verlangt, für die es lohnt, sich zu engagieren.

Heute blicken wir auf zwölf bewegte Monate zurück, wagen auch Ausblicke aufs nächste Jahr und schaffen mit dem Haushalt 2016 das dafür notwendige Fundament und eine gesicherte Grundlage.

Wie immer ist das Finanzwerk, über das wir heute beraten und abstimmen, gründlich in der Finanzverwaltung, unter Beteiligung aller Referate, der Einrichtungen und unserer politischen Ausschüsse vorbereitet und abgestimmt worden.

Ein besonderer Dank an dieser Stelle an unsere Finanzverwaltung für die transparente und umfassende Darstellung des großen Zahlenwerkes.

Schon zur Jahresmitte ist die kommunale Familie in die Haushaltsplanung einbezogen worden. Die mehrheitliche Aussage, unseren Hebesatz bei zu behalten, war weise vorausgedacht und macht uns die Bewältigung der Zukunftsaufgaben möglich.

Hier einen Dank an unseren Bezirkstagspräsidenten für die Einbindung der kommunalen Familie und die Diskussion auf Augenhöhe.

Wirtschaftskraft, Konjunktur und Veränderung der Berechnungsgrundlagen im kommunalen Finanzausgleich bescheren uns eine um 338 Mio. € höhere Steuerkraft.

Aus dem Steuertopf des Freistaates erhalten wir 2016 nur 80,4 Mio. €, um ca. 5,0 Mio. € weniger als 2015.

Bei einem Finanzbedarf von 1,25 Mrd. € im Sozialhaushalt reichen die 80,4 Mio. € gerade einmal 23 Tage. Im letzten Jahr waren es noch 25 Tage. So steigt die Belastung der kommunalen Familie stetig an und die Umlagezahler stöhnen zu recht über immer höhere Lasten.

Auf der anderen Seite steigen natürlich auch die Steuereinnahmen insgesamt und die Verteilung der Bundesmilliarde beschert auch den oberbayerischen Gemeinden, Städten und Landkreisen Mehreinnahmen, die nur zu gern für eigene Aufgaben verwendet werden. Eigentlich dienen diese Bundesmittel der Entlastung der Aufwendungen aus der Eingliederungshilfe. Doch die Entscheidung der Mittelverteilung ist gefallen und anscheinend unveränderbar.

Leider ist auch das Bundesleistungsgesetz oder Bundesteilhabegesetz derzeit im Kühlschrank gelandet und schlummert dort bis auf weiteres.

Das 15-Punkte-Papier der Bayerischen Bezirke hat zumindest noch für Aufmerksamkeit gesorgt.

Ebenfalls in Vorbereitung ist ein Psychiatrie-Krankenhilfegesetz. Auch hier sind wir zur Mitarbeit und zur Ausgestaltung der Inhalte gefordert.

Weiter liegt ein Referentenentwurf zum Behindertengleichstellungsgesetz vor. Die dort geforderten Aspekte für angemessene Vorkehrungen im Einzelfall, leichte Sprache und Fachstellen für Barrierefreiheit, sollten auch aus Sicht der Bezirke geprüft und kommentiert werden.

Auf dem weiten Feld Bund – Land – Kommune darf das Thema Asyl nicht fehlen. Eine große Herausforderung für alle Ebenen, bis hinauf nach Europa und der Weltgemeinschaft. Diese Aufgabe kann, auch bei unterschiedlicher politischer Betrachtung, nur gemeinschaftlich, mit umfassender Solidarität in allen Bereichen bewältigt werden. Wird die Befriedung der Herkunftsländer nicht gelöst, wird der Strom von Flüchtlingen und Asylbewerbern nicht abnehmen. Wir sind mit der Kostenübernahme von unbegleitet minderjährigen Asylbewerbern in hohem Maße betroffen. Auch wenn sich der Freistaat, nach massivem Einsatz von Bayern aus, mit einer personenbezogenen Verteilung auf Bundesebene durchgesetzt hat, bleiben offene und für uns ungeklärte Finanzierungsbereiche übrig.

Wie werden die sogenannten „Altfälle“, immerhin ca. 8.600 junge Menschen in Oberbayern versorgt.

Sind weiterhin die Bezirke dafür zuständig, so wird die Belastung dramatisch in die Höhe steigen. Sind die Bezirke künftig für alle junge Erwachsene über 18 Jahre zuständig, so steigen auch hier die Belastungen.

In der Summe aus Altfällen und den jungen Erwachsenen über 18 Jahre, ist eine Kalkulation der Kostenübernahme derzeit nicht möglich.

Das ist auch die große Unbekannte in unserem Haushalt.

Wir haben im Entwurf 9,1 Mio. € für diese Kostenerstattungen an die Jugendämter vorgesehen. Sollten sich die Kosten nach oben entwickeln und unseren Haushalt überbeanspruchen, muss nach Vorlage von gesicherten Daten ein Nachtragshaushalt aufgestellt werden.

Deshalb bleibt der Appell an Land und Bund, die Kommunen in dieser Versorgungspflicht stärker zu unterstützen.

Bei all den Berechnungen und Betrachtung von Zahlen, Verteilerschlüssel, Unterbringungsmöglichkeiten, dürfen die betroffenen Menschen nicht auf der Strecke bleiben, müssen die Einzelschicksale mit Respekt und auf Augenhöhe betrachtet, angenommen und gelöst werden.

Und eine Botschaft an die Menschen, die uns anvertraut sind, insbesondere die Menschen mit Behinderung und die zu pflegenden Mitmenschen, ist von dieser Stelle aus angebracht und deutlich zu unterstreichen:

Es wird und es darf keine Leistungskürzungen geben mit der Begründung, Finanzleistungen für Asylbewerber zu benötigen.

Das wäre ungerechtfertigt.

Der vorliegende Haushalts-Entwurf ist in allen Unterabschnitten detailliert beschrieben und ausgeglichen aufgestellt.

Dabei sind, wie in vergangenen Jahren, die Grundsätze

- keine Kreditaufnahme
- keine Verpflichtungsermächtigungen, die mit Krediten finanziert werden sollen
- genehmigungsfreien Haushalt

eingehalten.

Das Gesamtvolumen umfasst 1,56 Mrd. € im Verwaltungshaushalt und 23,0 Mio. € im Vermögenshaushalt.

Die Ansätze orientieren sich erneut am zu erwartenden Rechnungsergebnis.

Diese Planung unterstützen wir, dabei sind wir nah an der Realität und können uns auf gesicherte Zahlen stützen.

Die Personalausgaben steigen gegenüber dem Ansatz von 2015 um 1,2 %. Im Stellenplan sind zusätzlich 14,3 mehr Stellen ausgewiesen, die allesamt begründet und für notwendig erachtet werden.

Hier ein Dank an den Personalausschuss und das Stellengremium für die verantwortungsvolle Bearbeitung.

Im Bereich der Schulen steigt der Zuschussbedarf um rund 1,3 Mil. €.

Dies ist vor allem der Personalausgabe und den technischen Anforderungen geschuldet. Im investiven Bereich sind wir jedoch stark gefordert.

Weitere Sanierung im Agrarbildungszentrum in Landsberg, sowie Einbau eines barrierefreien Zimmers im Internat sind notwendig, um den Bildungsstandort Landsberg nachhaltig zu sichern.

Im Schulzentrum Johanneskirchen sind Sanierungsarbeiten eingeplant.

Die dringend notwendige Sanierung unseres Berufsbildungswerkes ist Dank gemeinschaftlicher Zielberatung in der Arbeitsgruppe Bau, im Bauausschuss, in den Fraktionen und erst letzte Woche im Bezirksausschuss nun auf dem Weg der Umsetzung. Wir suchen uns einen Generalübernehmer, wir setzen für die Sanierung 35,0 Mio. €, eine gewaltige Summe ein und wir fordern einen möglichen Baubeginn in der zweiten Jahreshälfte 2016.

Damit bekennen wir uns klar und eindeutig zum BBW in Johanneskirchen.

Anderslautende Botschaften sind frei erfunden und dienen nur der Verunsicherung und Verängstigung.

Die Planungen für einen Ersatzneubau der Johann-Nepomuk-von-Kurz-Schule in Ingolstadt gehen voran, wenn auch nicht so schnell, wie wir uns es gerne wünschen. Aber gut Ding braucht Weile und die Klärung der Parkplatzsituation ist ganz entscheidend für die weitere Umsetzung der Maßnahme.

Und in Landsberg errichten wir, zusammen mit dem Neubau der Kinder- und Jugendpsychiatrie, eine dafür notwendige Schule.

Wir sagen auch hier Dank an unsere Schulleitungen, die Lehrkräfte und Mitarbeiter, sowie an unsere Mitarbeiter im Referat für Schulen.

Ein unverzichtbares Aushängeschild des Bezirks Oberbayern ist unsere Kulturarbeit.

Ein erfolgreiches Kulturfestival ZAMMA 2015 liegt hinter uns.

Für 2017 sind die Weichen gestellt.

Die Kultur- und Denkmalpflege fördern wir weiterhin mit hohen Ansätzen. Dabei werden sowohl im Kulturbereich als auch in der Denkmalpflege die Fördermittel um knapp 200,000,- € aufgestockt. Die Förderrichtlinien sind überarbeitet und liegen heute zur Abstimmung vor.

Die Beteiligungen an den Museen sind immer wieder Anlass für Diskussionen und die Bezirksbeteiligung wird mit höheren Summen gefordert. Dabei bleibt unser Standpunkt eindeutig. Gemeinschaftliche Trägerschaft erfordert auch gemeinschaftliche und gerechte Kostenverteilung.

An der Glentleiten sind wir fest am Planen. Ein neues Eingangsgebäude, der Bauantrag liegt zur Genehmigung bei der Regierung von Oberbayern. Vielleicht beschert uns ja unser Regierungspräsident heute mit dem Genehmigungsbescheid.

Wir können unser Gelände erweitern. Hier Dank an die Verhandlungsführer und Befürworter aus dem Landtag, für die Möglichkeit des Erwerbes.

Wir entwickeln parallel ein Gesamtversorgungskonzept, das noch große Anstrengungen von uns erfordert.

Aber unser Freilichtmuseum ist uns diese Herausforderung wert und wir tragen gemeinschaftlich Verantwortung für eine besucherfreundliche, sichere und funktionierende Anlage.

Unser Volksmusikarchiv erfüllt eine wichtige Aufgabe in der Vermittlung von Musik, Gesang und Notenmaterial.

Ebenso die Fachberatung Heimatpflege und das Trachteninformationszentrum.

Einen herzlichen Dank an alle Kulturvermittler in Bruckmühl, in Benediktbeuren und natürlich auch an unser gesamtes Kulturreferat.

In unserem Kultur- und Bildungszentrum Seeon ist ein neuer Werkleiter, oder besser Manager, eingezogen.

Herr Schölzel hat eine spannende und herausfordernde Aufgabe übernommen. Jetzt gilt es, unser Seeon – Konzept zu überarbeiten und mit Leben zu füllen. Gemeinsam ein zukunftsfähiges Zentrum für lebendige Kultur, für umfassende Bildung und für bedarfsgerechte Versorgung aller Besucher zu schaffen, ist unsere Verpflichtung.

Dank an dieser Stelle für den Einsatz aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Kloster Seeon, während des vergangenen Jahres, vor allem während der Übergangszeit.

Unsere Standortsuche für ein Industrie- und Arbeitermuseum ist ein gutes Stück voran gekommen.

Mit einer sicher gestellten und gerechten Beteiligung von Stadt, Landkreis und Bezirk kann in die nähere Planung eingeschwenkt werden. Dass dabei der Bezirk nicht auf der Strecke bleibt, ist die Aufgabe unserer Vertreter in der Arbeitsgruppe.

Hauptausgabe und Hauptbetätigungsfeld ist und bleibt das soziale Aufgabenfeld.

Der Zuschussbedarf im Sozialhaushalt steigt 2016 um 74,9 Mio. €, das sind 6,4% mehr als 2015.

Die Ausgabensteigerung liegt vor allem in steigenden Fallzahlen, Tarifsteigerungen im Personalbereich und in der Gebäudebewirtschaftung.

Steigende Bevölkerungszahlen in unserer Region, demographische Entwicklung, Verbesserung in den Wohnformen und Zuzug werden uns auch künftig begleiten und verstärkte Finanzleistungen erfordern.

Die einzelnen Entwicklungen der Hilfearten können wir detailliert im Vorbericht zum Haushalt 2016 nachlesen und auch begründet nach außen tragen.

Denn unsere Anstrengungen gelten unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die Hilfe nötig haben, sich nicht selbst versorgen können und deshalb in Einrichtungen leben.

Ein großes Projekt haben wir auf den Weg gebracht. Den flächendeckenden Krisendienst für München und Oberbayern. Dafür müssen in den kommenden Jahren ca. 7,5 Mio. € bereitgestellt werden. Mit den Krankenkassen sollten weiterhin Gespräche zur Kostenbeteiligung geführt werden. Schließlich dient der Krisendienst vorbeugend präventiv sozusagen, um spätere Behandlungsbedarfe zu verhindern.

Verabschiedet haben wir auch den Dritten Sozialbericht für den Bezirk Oberbayern, der uns Orientierung ist für die Entscheidungen der nächsten Zeit.

Dank an alle, die sich dabei mit großem Einsatz beteiligt haben.

Nicht unerwähnt bleiben soll die Förderung der Wohlfahrtspflege.

Der Zuschussbedarf wird hier um 5,0 Mio. € auf 72,3 Mio. € erhöht. Damit sind viele Einrichtungen und Dienste in ihrem Auftrag gestärkt und verschiedene Angebote können sogar ausgebaut werden.

An dieser Stelle gilt unser Dank allen Frauen und Männern, die in der Wohlfahrtspflege in den Einrichtungen für Menschen mit Behinderung und der Pflege im Alter tätig sind und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Sozialverwaltung, für ihren verantwortungsvollen Dienst zum Wohl der Menschen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens zu Hause sind.

Die Kliniken des Bezirks Oberbayern leisten einen großartigen Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung Oberbayerns.

Kinder, Jugendliche und Erwachsene sind in unseren Kliniken gut aufgehoben und werden medizinisch, wie auch menschlich hervorragend behandelt und betreut.

Zum Abschluss ist dieses Jahr das Maßregelvollzugsgesetz gekommen. Dank der massiven Beteiligung der Bezirke ist es gelungen, die forensische Ambulanz im Gesetz zu verankern.

Gelungen ist auch die Weiterführung der PIA in Waldkraiburg. Auch hier hat sich vor allem der politische Einsatz gelohnt.

Die Diskussion um das neue Entgeltsystem ist noch nicht abgeschlossen. Hier ist vor allem im Bezug auf die Situation der Psychiatrie in Bayern und der Besonderheit des Versorgungsauftrages noch Nachsteuerung notwendig.

Im kommenden Jahr werden wir unser Psychiatrie- und Suchthilfekonzept aus 2001 für den Bezirk Oberbayern fortschreiben.

Gleiches gilt für die Kinder- und Jugendpsychiatrie.

Dabei liegt uns die wohnortnahe Versorgung besonders am Herzen.

Auch die bauliche Entwicklung der Kliniken schreitet voran.

Neubau Psychiatrie in Fürstenfeldbruck,

Neubau Kinder- und Jugendpsychiatrie, mit Gerontopsychiatrie in Landsberg,

Neubau Somatik und Psychiatrie in Wasserburg,

sowie die bauliche Entwicklung in Haar

sind gewaltige Herausforderungen, die und das ist besonders zu vermerken, von den Erträgen der Kliniken allein geschultert werden.

Hier gilt unser Dank dem Vorstand unser Kbo-Kliniken Herrn Spuckti und Frau Dr. Borrmann-Hassenbach mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im ärztlichen, pflegerischen, technischen, verwaltungs- und versorgungs- Bereich.

Erwähnt sei auch die erfolgreiche Arbeit unserer Baugesellschaften OH und DH. Die vorausschauenden Entscheidungen zur Reduzierung vom Leerstand, zur Sanierung von Altbestand und Neubau von Wohnungen dienen der hohen Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum in unserer Region.

Dank an die Geschäftsführung und allen Beschäftigten in OH und DH.

Heute Morgen konnten wir schon das neue Casino begutachten. Es ist schön geworden, das Ergebnis kann sich sehen lassen.

Jetzt packen wir im kommenden Jahr unseren Plenarsaal an, auch das wird ein Schmuckstück.

Und weil wir schon am Bauen und Planen sind, ein Wort zu unserer Bauverwaltung.

Die Ergebnisse unserer Baumaßnahmen sind für alle immer zufriedenstellend.

Auf dem Weg zum Ergebnis allerdings gibt es oft Hindernisse, die es vielleicht mit einer grundlegenden Baustrategie nicht geben sollte. Deshalb haben wir ein Gutachten in Auftrag gegeben. Das Ergebnis bestärkt die Ausstattung und die Arbeitsfelder unserer Bauverwaltung. Wir werden künftig eine Bauherrnvertretung bekommen.

Und intern können die strategischen Wege über die beteiligten Referate hinweg sicherlich entwickelt und gelebt werden.

Darauf setzen wir unsere Hoffnung.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,
all die aufgereihten Bereiche können nur ausgefüllt und bewältigt werden mit einem sicheren finanziellen Fundament.

Dieses Fundament legen wir heute mit der Abstimmung über den Haushalt 2016.
Wir haben in unserer Fraktion den Haushaltsentwurf beraten.
Wir stimmen dem Haushalt mit Stellenplan zu.
Wir stimmen der Bezirksumlage mit 19,50 Punkten zu.
Wir stimmen der weiteren Schuldentilgung zu.

Unser Haushalt 2016 ist solide aufgestellt und für künftige Anforderungen vorbereitet.

Ein herzlicher Dank der gesamten Finanzverwaltung, Herrn Getzlaff und Frau Hirschhuber mit dem ganzen Team für die umfassende Vorbereitung, die transparente Erläuterung und dem verantwortungsvollen Einsatz.

Ein herzlicher Dank aus unserer Fraktion an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unserer Bezirksverwaltung, unseren Einrichtungen und Fachberatungen in den Kliniken des Bezirks Oberbayern, in der Pressestelle und Baugesellschaften für das eingebrachte Engagement und den persönlichen Einsatz.

Ein besonders herzliches Vergelt's Gott an unseren Bezirkstagspräsidenten, an seine Stellvertreter und seine Führungsebene für die professionelle und verantwortungsvolle Leitung unseres Bezirks Oberbayern.

Dank an unseren Kooperationspartner der SPD-Fraktion für die partnerschaftliche Zusammenarbeit.

Dank an alle Fraktionen und Gruppierungen für die sachlich orientierte Zusammenarbeit bisher und auch künftig, trotz der Veränderungen auf dem Piratenschiff.

Gemeinsam mit der CSU-Fraktion wünsche ich Ihnen noch eine besinnliche Adventszeit zur Vorbereitung auf das friedvolle Geburtsfest an Weihnachten.
Für die Weihnachtstage Friede und Geborgenheit in Ihren Familien und Gemeinschaften.
Allen, die auf Herbergsuche sind in diesen Tagen, wünsche ich offene Türen und offene Herzen.

Im kommenden Jahr 2016 wünsche ich Ihnen allen stabile Gesundheit, Mut und Kraft für unsere Aufgaben, Hoffnung und Optimismus und den Glauben an das Gute, sowie Freude und Erfüllung an der Entwicklung unseres Bezirks Oberbayern.

Gottes Segen für uns alle, unsere schöne Heimat und unseren Bezirk Oberbayern.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

**Haushaltsrede 2016 des Fraktionsvorsitzenden der SPD
Herr Gerhard Wimmer**

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident,
sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident,
sehr geehrtes Präsidium,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen der SPD-Fraktion werde ich nun zum Haushaltsplan 2016 Stellung nehmen. Als erstes unser Dank an die Kämmerei, an Herrn Getzlaff und Frau Hirschhuber, sowie ihr Team. Frau Hirschhuber hat unserer Fraktion die Planungen vorgestellt und erläutert, daher konnten unsere Fragen bereits im Vorfeld ausreichend und zufriedenstellend beantwortet werden. Dass wir auch für das kommende Jahr die Umlage stabil bei 19,5 Punkten halten, ist für unsere Fraktion der richtige Weg. Die Unwägbarkeiten bezüglich der Finanzierung von unbegleiteten Jugendlichen lassen derzeit keine verlässliche Planung dieses Bereiches zu. Der Vorschlag der Kämmerei, den möglichen Fehlbetrag im Rahmen eines Nachtragshaushaltes zu behandeln ist richtig und wird von uns befürwortet. Um den möglichen Fehlbetrag in 2016 zu decken, ist der Griff in unsere Rücklagen sinnvoll. Damit kann für die Umlagezahler die versprochene Stabilität gewährleistet werden. Wie sich die finanzielle Situation in 2017 darstellen wird, ist derzeit schwer einzuschätzen, ob hier die 19,5 Punkte noch zu halten sind ist sehr fraglich. In diesem Zusammenhang ist unsere Position klar: Für die SPD-Fraktion ist es nicht akzeptabel, dass die Staatsregierung bei unbegleiteten Jugendlichen nur die Kosten bis zum 18. Lebensjahr übernimmt, jedoch für Jugendliche die älter, aber aufgrund entsprechender Umstände weiter in der Jugendhilfe verortet sind, dies ablehnt. Der damit offensichtlich beabsichtigte Druck auf die Kommunen, unbegleitete Jugendliche ab 18 Jahren aus der Jugendhilfe herauszunehmen, ist für uns der falsche Weg. Die hier kurzfristig eingesparten Kosten werden die Gesellschaft in den Folgejahren deutlich mehr belasten. Wichtig bei der Haushaltsgestaltung ist weiterhin, dass nicht an den Ausgaben für unsere Leistungsempfänger gespart wird. Die Steigerung im Einzelplan 4 von ca.75 Mio € und hier vor allem die Steigerung im Bereich Leistungen für Menschen mit Behinderung zeigt dies deutlich. Da diese Steigerung immer mit einer Zunahme von Leistungsberechtigten einhergeht, ist es uns wichtig die Sozialverwaltung entsprechend personell auszustatten und hierdurch sowohl den Service für die Betroffenen, wie auch die Arbeitsbelastung in einem für beide Seiten möglichst optimalen Verhältnis zu gestalten. In dem Zusammenhang ein Dankeschön an die Beschäftigten in der Sozialverwaltung für ihren geleisteten Einsatz, ich bitte sie Herr Bertenbreiter dies auch entsprechend an Ihre Mitarbeiter/innen weiter zu geben.

Um den steigenden Anforderungen gerecht zu werden, ist für uns eine soziale und verantwortungsvolle Personalpolitik wichtig. Wir unterstützen die Stellenmehrungen, ohne sie sind die Ziele: gute Arbeitsbedingungen und damit kommunizierend guter Service nicht erreichbar.

Leider scheinen unsere Bemühungen im Bereich des geplanten Bundesteilhabegesetzes bisher nicht den Erfolg zu zeigen, den wir uns Alle gewünscht hatten. Aufgrund der derzeitigen politischen Schwerpunktthemen ist zu befürchten, dass wir nur ein „Teilhabegesetz light“ bekommen werden. Der Schritt, weg von der Fürsorgeleistung zu einem echten Ausgleich der Einschränkungen für Menschen mit Behinderung, wird daher nur ein sehr kleiner werden.

In diesem Zusammenhang bin ich froh darüber, dass die Münchner-SPD sich entsprechend positioniert hat. Ich zitiere hier die Aussagen unseres Bezirkstagskollegen Dr. Mike Malm zu dem entsprechend beschlossenen Forderungskatalog:

“Wir brauchen klare Regelungen und Zuständigkeiten, wir müssen Einkommen und Vermögen der betroffenen Personen schützen und ihnen selbstbestimmte Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt ermöglichen.“

“Damit Menschen mit Behinderung ihr Recht selbstbestimmt leben können, müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Die Einführung eines Bundesteilhabegesetzes ist eine wichtige Chance, um diese Rahmenbedingungen zukunftsfähig zu setzen. Wir wollen Teilhabe ermöglichen und nicht mehr nur verwalten oder gar verhindern.“

Ich bitte Sie liebe Kolleginnen/en, auch über Ihre Parteien unsere Forderungen, die in dem 15-Punktepapier des Bezirkstages klar formuliert wurden, nochmals zu bekräftigen.

Im Gegensatz hierzu sehen wir den Ausbau des „Psychiatrischen Krisendienstes“ in ein flächendeckendes System in Oberbayern, als einen großen Schritt in die richtige Richtung. Damit kommen Menschen in psychischen Krisen schnell und ohne große Komplikationen an Hilfsangebote vor Ort. Dies muss entsprechend finanziert werden, aber wir gehen davon aus, dass es sowohl eine sinnvolle Verbesserung des Angebotes darstellt, wie auch mittel- und langfristig zu einer Kostenreduzierung führen wird.

Nun zum Kulturbereich, hier scheint sich in Bezug auf das seit langem geplante Museum für Arbeiter und Industriekultur eine mögliche Lösung zu ergeben. Die Möglichkeit, dies auf dem Gelände der alten Dachauer Papierfabrik zu verwirklichen, ist seit Jahren ein erstes erfolgversprechendes Projekt. Selbstverständlich ist dies nur in enger Verbindung mit der Stadt, sowie dem Landkreis umsetzbar und den nun eingeschrittenen Weg unterstützen wir. Die SPD-Fraktion hofft, dass dieses Projekt, das vor vielen Jahren von uns angestoßen wurde, nun endlich verwirklicht werden kann.

Ein weiteres Museum beschäftigt uns derzeit sehr, die Glentleiten.

Der Neubau des Eingangsgebäudes ist unerlässlich um einen barrierefreien Zugang schaffen zu können. Hierzu sind die Weichen gestellt und der Baubeginn ist absehbar, das ist gut so.

Problematischer ist die festgestellte Schadstoffbelastung in einigen der Exponate. Dass hier von Seite der Museumsleitung unverzüglich gehandelt wurde, sowohl zum Schutz der Besucher, wie auch der Mitarbeiter, dafür ein Dank an Sie Frau Dr. Kania-Schütz. Die hierdurch entstandenen und auch sicherlich in den kommenden Jahren noch weiter zu tragenden Kosten sind, wie man heute zu sagen pflegt: „alternativlos“ und müssen entsprechend gedeckt werden.

Dass die Befristung der Stelle des POP-Musik-Beauftragten aufgehoben wurde, zeigt dass sich dieser Bereich gut etabliert hat. Danke an Sie Herr Fischer, Ihnen ist es gelungen für junge Musiker ein passendes Angebot bereit zu stellen. Das Interesse und die Anfragen aus den anderen Bezirken zeigen uns, dass wir damit den richtigen Weg gegangen sind und bitte machen Sie weiter so.

Ein weiterer neuer Baustein im Kulturbereich ist das Angebot „Inklusive Kunst“. Die Angebote werden gut angenommen und bieten entsprechend der UN-Konvention Menschen mit Einschränkungen der unterschiedlichsten Art die Möglichkeit Kunst zu erleben, zu erfassen oder zu begreifen und das im wahrsten Sinn des Wortes. Dies ist ein wichtiger Baustein zu einer barrierefreien Teilhabe am Leben.

Nun zu einem unserer Sorgenkinder, dem Bau des Werkstattgebäudes in Johanniskirchen. Die Diskussionen in den letzten Monaten waren leider teils sehr verwirrend und basierten offensichtlich auf unterschiedlichen Informationsständen.

Für uns ist es unerlässlich, dass endlich die jahrelangen Diskussionen ein Ende finden und gehandelt wird. Sowohl den Beschäftigten, wie auch den Auszubildenden ist es nicht mehr zuzumuten, länger als unbedingt erforderlich in diesem Gebäude arbeiten zu müssen. Jede Verzögerung ist zu vermeiden und wir hoffen, dass die nun gefassten Beschlüsse ohne weitere Verzögerungen umgesetzt werden. Unser Augenmerk lag stets darauf, dass die Planungen eng mit den Nutzern abgesprochen werden und dies wurde mehrfach bestätigt.

Die weiteren Bauvorhaben sind auf gutem Wege und es ist schon eine enorme Leistung die hier unsere Bauverwaltung erbringt.

Zu den Bautätigkeiten im Bereich unserer Einrichtungen, wie in JOKI und in den landwirtschaftlichen Lehranstalten in Landsberg, kommen noch große Projekte im Kommunalunternehmen:

Z.B. die Kinder und Jugendpsychiatrie in Landsberg - die Klinik in FFB - die neue Klinik in Wasserburg und natürlich auch der Neubau im IAK-München Ost, wo wir ja erst vor wenigen Wochen das Richtfest feiern konnten. Ein Dank hierfür an Sie und Ihr Team Herr Engelbrecht.

Zum Schluss ein paar Worte zu unserem Kommunalunternehmen. Als erstes finden wir von der SPD-Fraktion es sehr positiv, dass Sie Herr Spuckti Anregungen aus unserer Resolution des letzten Jahre, bezüglich der Flüchtlingsproblematik übernommen haben. Dass die Realität unsere Annahmen dann bei Weitem übertreffen wird, war so nicht voraus zu sehen.

Wir unterstützen die Bestrebungen in unserem KU, spezielle interkulturelle Schulungen der Mitarbeiter/innen durchzuführen. So ist es möglich auf die spezielle Problematik einzugehen und für diesen Bereich qualifizierte Behandlungsmöglichkeiten anzubieten.

Wichtig ist hierbei aber auch, dass dadurch keine Qualitätseinschränkungen im weiteren Behandlungsangebot erfolgen. Wir hoffen, dass die vorgenommenen Umstrukturierungen im Heckscher Klinikum die erwarteten Auswirkungen zeigen und sich damit die Situation etwas entspannen wird. Dass aus den Forderungen unserer Resolution nun sogar ein Fachtag entstanden ist, der sich vor allem mit der Vernetzung der unterschiedlichen Leistungen befassen wird zeigt, dass auch die von Herrn Burger im Staatsanzeiger belächelte „Resolutionitis“ durchaus zu positiven Ergebnissen führen kann.

Der Einstieg unseres Unternehmens in die „Integrierte Versorgung“ ist ein zukunftsweisender Schritt. Herrn Hemmersbach, Sie konnten die entsprechenden Verhandlungen nun erfolgreich zu Ende führen, Danke hierfür.

Auch in diesem Jahr ist festzustellen, dass das Kommunalunternehmen gut aufgestellt ist. Einer der Stützpfeiler für ein gut funktionierendes Unternehmen ist natürlich die Personalpolitik und nur mit qualifiziertem und motiviertem Personal sind solche Ergebnisse erreichbar.

Vielen Dank Herr Spuckti an Sie und Ihr Team für die gute Zusammenarbeit und auch an alle Beschäftigten des KU und der Kliniken für ihren Einsatz.

Wir von der SPD-Fraktion stimmen dem Haushalt 2016 in der vorliegenden Fassung zu.

Im Namen meiner Fraktion bedanke ich mich bei allen Beschäftigten der Bezirksverwaltung, des Kommunalunternehmens und unserer Kliniken für die von ihnen erbrachten hervorragenden Leistungen und wünsche Ihnen und Ihren Angehörigen geruhsame Weihnachtsfeiertage und einen guten Rutsch ins Neue Jahr.

Ich wünsche Ihnen liebe Bezirkstagskolleginnen- und Kollegen schöne und ruhige Feiertage und freue mich, auf eine weiterhin konstruktive Zusammenarbeit im kommenden Jahr.

**Haushaltsrede 2016 der Bayernpartei
vorgetragen von Herrn Bezirksrat Florian Weber**

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

zunächst möchte auch ich mich im Namen der Bayernpartei Fraktion beim Kämmerer aber insbesondere auch bei Frau Hirschhuber ganz herzlich für die kompetente Vorstellung des Haushaltsentwurfes in unserer Fraktion bedanken.

Meine Vorredner haben die Haushaltseckwerte schon mehrfach angesprochen, deshalb erlauben sie mir nur einige grundsätzliche Bemerkungen.

Besonders positiv zu bewerten ist, dass der Bezirk Oberbayern, trotz ständig steigender Kosten besonders im Sozialbereich, Rücklagen bilden konnte. Nur diesen Rücklagen ist es wohl zu verdanken, dass die Bezirksumlage auch im nächsten Jahr stabil bleiben kann.

Auch die leicht steigenden Ausgaben im Bereich der Kultur- und der Heimatförderung begrüßen wir ausdrücklich.

Bei der Betrachtung des vorliegenden Entwurfes wird aber auch deutlich, wie uns derzeit die große Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern betrifft. Wir werden wohl im nächsten Jahr einen Nachtragshaushalt beschließen müssen, sobald wir genauere Zahlen bezüglich der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge annehmen können. Dabei wird deutlich, dass wir hinkünftig eine so große Zahl an Menschen die zu uns kommen kaum mehr verkraften können, ohne dass eine deutlich höhere Steuerlast auf die Bürger zukommt. Um nicht Missverstanden zu werden, wir verstehen natürlich den einzelnen Menschen der vor Not und Gefahr flieht, aber auch unser Gemeinwesen kann nur ein bestimmtes Maß an Flüchtlingen aufnehmen, ansonsten wird es zu massiven sozialen und gesellschaftlichen Verwerfungen kommen.

Natürlich können wir hier nicht über die Flüchtlingspolitik des Bundes entscheiden. Wir müssen aber mit den Auswirkungen leben. Und wahrscheinlich ist jeder von uns in der Öffentlichkeit fast ständig mit diesem Thema konfrontiert.

Die Entscheidung einen Nachtragshaushalt im nächsten Jahr zu debattieren unterstützen wir, da aufgrund der derzeitigen unsicheren Datenausgangslage, sowie der schon erwähnten Rücklagen, ein solches Verfahren zielführend und seriös ist.

Einzelne Punkte des Haushalts müssen aber durchaus kritisch gesehen werden. Insbesondere im Bausektor entwickeln sich die Kosten zum Teil explosiv. Dabei ist dies nicht nur auf steigende Kosten, sondern auch auf hausgemachte Fehlentwicklungen zurück zu führen. Als Beispiele hierfür sind z. B. die Bauvorhaben Glentleiten und Johanniskirchen zu nennen. Dabei steigen die Kosten für die externe Expertise ständig. Obwohl wir ja eine eigene Bauverwaltung haben die solche Aufgaben selbst übernehmen sollte. Dafür ist sie ja auch da.

Im Sozialbereich müssen wir bei den allgemein stark steigenden Kosten ernsthaft überlegen ob wir wirklich nahezu jedem Antrag auf freiwillige Zusatzleistung entsprechen können.

Trotzdem sehen wir in dem vorliegenden Haushalt insgesamt eine solide finanzielle Basis für das nächste Jahr. Besonders positiv sehen wir dabei die Tatsache, dass auf eine Neuverschuldung

verzichtet werden kann und im Gegenteil der Schuldenstand weiter reduziert wird. Deshalb stimmt die Fraktion der Bayernpartei diesem Haushalt zu.

Wir wünschen allen Kolleginnen und Kollegen eine besinnliche Weihnachtszeit und bedanken uns für die konstruktive Zusammenarbeit.

Haushaltsrede 2016 der Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen Frau Petra Tuttas

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident Mederer,
sehr geehrter Herr Regierungspräsident Hillenbrandt,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

jeder Haushalt ist anders, diesmal sollen wir über einen Haushalt abstimmen, bei dem schon in der Vorlage klar ist, dass wir ihn so nicht einhalten können und ein Nachtragshaushalt im Sommer erforderlich sein wird: Warum? Weil die Übernahme der Kosten für minderjährige Flüchtlinge ungeklärt ist.

Flüchtlinge. Das Wort des Jahres 2015.

Flüchtlinge sind das Thema, das uns alle in den letzten Monaten am meisten bewegt hat, der Bezirk ist für die UMFs zuständig.

Die Kosten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge werden bundesweit auf die überörtlichen Träger der Jugendhilfe und damit auch auf den Bezirk Oberbayern verteilt.

Ziel ist es, örtliche Jugendämter, die sich um viele unbegleitete Minderjährige kümmern müssen, zu entlasten und die Kosten zu verteilen.

Die "Re-Finanzierung" durch das Land Bayern ist derzeit noch ungeklärt und deshalb steht auch unser Haushalt auf äußerst hölzernen Beinen.

Die bayerische Staatsregierung übernimmt die Betreuungskosten für junge unbegleitete Flüchtlinge - allerdings nur bis zum 18. Lebensjahr.

Wir erachten es als kontraproduktiv, wenn Fördermaßnahmen mit der Vollendung des 18. Lebensjahrs abgebrochen werden und damit wichtige Maßnahmen der Integration vor allem bei jugendlichen Flüchtlingen auf ein Minimum reduziert werden.

Wir als Bezirk sind nun gefragt, auf der einen Seite die Kommunen nach Kräften zu unterstützen und auf der anderen Seite bei der Staatsregierung die Kostendeckung einzufordern.

Die Zustände in den französischen Banlieues vor Augen, in den sich junge Menschen auf Grund der Perspektivlosigkeit radikalisierten, zeigt sich vor allem eines:

Nur wenn man jetzt zur richtigen Zeit an der richtigen Stelle investiert, kann die Integration vieler Jugendlicher und junger Erwachsener in unsere Gesellschaft gelingen.

Ein schlechtes Bild gibt Bayern bei der Einführung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge ab, die bei dem Asylkompromiss im Bundesrat ausgehandelt wurde.

Herr Bezirkstagspräsident Mederer, ich würde mir wünschen, dass Sie sich mit gleichem Engagement dafür einzusetzen, dass die Gesundheitskarte auch in Bayern eingeführt wird. Denn Sie wissen selbst von unseren Kliniken, wie wichtig eine gesundheitliche Versorgung von Flüchtlingen ist, und dass dafür auch die notwendigen Ressourcen bereitgestellt werden müssen. Und welchen Sinn haben Kompromisse, wenn sie dann nicht von allen eingehalten werden.

Psychiatrie

Bei der Versorgung von psychisch kranken Menschen sind durch das Maßregelvollzugsgesetz, das am 1.8. in Kraft trat und das PsychKHG, das derzeit diskutiert wird wichtige Verbesserungen zu erwarten.

Wir brauchen Gesetzesgrundlagen, die sich an der Behindertenrechtskonvention orientieren und die Rechte der Patienten und ihrer Angehörigen stärken und sicherstellen, dass Zwangsunterbringungen, Fixierungen und Zwangsmedikation nur noch in Ausnahmesituationen stattfinden können und vor allem auf Grundlage gleichmäßiger Standards stattfinden.

Ein wichtiger Schritt bei der Versorgung der Menschen mit psychischen Erkrankungen ist uns im Bezirk selbst dieses Jahr ebenfalls gelungen, die Einrichtung des Krisendienstes Obb.

Vielen Dank an alle Akteure, die dabei einen langen Atem bewiesen haben, damit dieses Konzept zur Umsetzung kommt.

Inklusion

Bei alledem dürfen wir die Menschen mit Behinderung nicht vergessen. Hier haben wir dieses Jahr um die Formulierungen im 15-Punkte-Forderungskatalog für die Einführung eines Bundesteilhabegesetzes gerungen und am Ende einstimmig verabschiedet. Im Frühjahr 2016 soll das Gesetzgebungsverfahren zum Bundesteilhabegesetz beginnen, aber schon jetzt ist klar, dass, wie bei den Inklusionstagen in Berlin öffentlich verkündet, Teilhabeleistungen in einem neuen Bundesteilhabegesetz auch in Zukunft nicht bedingungslos ausgezahlt werden. Der große Paradigmenwechsel zu einer menschenrechtsorientierten Gesetzgebung bei der Reform der Eingliederungshilfe bleibt somit aus, der Herauslösung von Teilhabeleistungen für Menschen mit Behinderung aus der Sozialhilfelogik wird somit nicht vollzogen.

Der Bund will sich nicht - wie ursprünglich versprochen - zu einem Drittel an den Kosten der Eingliederungshilfe beteiligen:

Aber Inklusion kann es nicht zum Nulltarif geben!

Sollten die Gelder des Bundes nicht direkt bei den Trägern der Eingliederungshilfe ankommen, dann droht das Bundesteilhabegesetz zu einem verdeckten Einsparmodell zu verkommen. Angesichts der hohen Erwartungen der betroffenen Menschen wäre dies ein sozialpolitisches Desaster.

Leider haben wir sehr wenig Einfluss auf die Entscheidungen höherer Ebenen. Trotzdem könnten wir bereits jetzt Verbesserungen in den Bereichen erzielen, in denen wir aktiv handeln können, nämlich durch die Einrichtung einer Ombudsstelle. Warum eine Ombudsstelle?

Für die meisten Bedürfnisse der Menschen gibt es mittlerweile verschiedenste Beratungsangebote. Verbraucherzentralen, Patientenfürsprecher*innen, unabhängige Beratungsstellen u.v.m. Aber speziell für Menschen mit Behinderung gibt es solche Beratung nicht.

Die Behindertenbeauftragten haben nicht die Funktion einer Beschwerdestellen bzw. Beratungsstellen. Dies wird allein schon dadurch deutlich, dass keine Sprechzeiten, persönlich oder per Telefon angeboten werden und auch nicht in dieser ehrenamtlichen Konstruktion angeboten werden können.

Was sollte eine Ombudsstelle leisten? Sie sollte ein offenes Ohr für alle Anliegen der Menschen mit Behinderung haben, sei es ein Problem mit dem Antrag an den Bezirk, sei es ein Problem in der Einrichtung, wo der Mensch mit Behinderung lebt, um zu vermitteln und Missverständnisse abzubauen. In der Schweiz gibt es solche Ombudsstellen, vielleicht lohnt es sich, einen Blick in das Nachbarland zu werfen.

Es ist besonders erfreulich, dass das Thema Inklusion auch im Kulturbereich einen wichtigen Stellenwert hat: 'Kunst inklusive' sind absolute Erfolgsmodelle, mit denen sich der Bezirk schmücken kann und wir hoffen, dass dies weiterhin so erfolgreich fortgeführt wird.

Besonders freut es mich, dass der Bezirk unsere Anregung aufgegriffen hat, die Kultur Inklusive durch 'Literatur inklusive' zu ergänzen.

An dieser Stelle ein besonderer Dank dem unermüdlichen Einsatz des Kulturreferats, das uns schon sehr viele sehr wunderbare Veranstaltungen beschert hat.

Im Kloster Seeon wünschen wir dem neuen Geschäftsführer Herrn Schölzel viel Erfolg und hoffen auch, dass die dort neu angesiedelten Bereich Fischerei und Bienenfachberatung erfolgreich eingeführt werden können. Vielen Dank an Herrn Bruder und Herrn Wunner.

Eine ganz schwierige Entscheidung steht für das Berufsbildungswerk in Johanneskirchen an und vorweg möchte ich gleich sagen, dass jemand, der gegen das Risiko eines Generalübernehmers stimmt, nicht gegen das 'BBW' stimmt. Denn darin sind wir uns doch alle einig, dass dort etwas geschehen muss, bzw. schon längst hätte geschehen sollen.

Das BBW muss in Zukunft konkurrenzfähig sein, dazu ist ein nachhaltiges Gebäude notwendig.

Schon in unserer letzten Rede zum Haushalt wiesen wir auf die fehlenden Voruntersuchungen hin, die eine solide Entscheidung unmöglich machen, und leider haben wir recht behalten:

Genau ein Jahr später stehen wir an der genau gleichen Stelle. Mittlerweile sind schon über 40 Millionen veranschlagt, ein Generalübernehmer soll es nun richten! Wäre es nicht sinnvoller gewesen, die Entscheidung damals zu verschieben und auf fundierter Grundlage zu entscheiden? D.h. eine Entscheidung nach sauberem Vergleich eines Neubaus mit einer Sanierung des Bestandes mit gleichem Raumprogramm und gleichen Bauqualitäten. Diese Entscheidungsgrundlage fehlt uns leider bis heute. Nun soll alles wieder ganz schnell gehen. Auch diesmal heißt es wieder: Man dürfe sich nicht der Zustimmung verweigern, sonst ginge nichts voran.....

Uns erscheint das Risiko des jetzt vorgelegten Modells zu groß:

1. Ein beauftragter Generalübernehmer wird am Ende doch teurer sein, da die Gefahr von Nachträgen auch durch eine Kostenobergrenze nie ganz ausgeschlossen werden kann.
2. Auch ein Risiko nach Ausschreibung **keine** Angebote zu erhalten bleibt.
3. Nach einer Billigsanierung ist zu erwarten, dass das Sanieren im Gebäude weitergehen wird.
4. Die Bauqualität wird bei einer solch extremen Kostendeckelung erheblich reduziert werden. Der Generalübernehmer wird diesen vorhandenen Spielraum zu nützen wissen, um seinen Gewinn zu optimieren.
5. Eine Sanierung dieser Art bedeutet nicht nur keine neuen Böden und Solaranlagen auf dem Dach, sondern auch keinerlei gestalterische oder optische Leistungen, sowie keine Optimierung der vorhandenen Nutzungsaufteilung. Aus all diesen Gründen hat die Grüne Fraktion im letzten Bezirksausschuss gegen die Vorlage gestimmt.
Eine sinnvolle Sanierung, JA,
ein verantwortbarer Neubau, JA,
eine abenteuerliche Sanierung, mit hohem Kostenrisiko, NEIN!
Eine Zukunft für das BBW nur mit einem nachhaltigen Gebäude!
Ein anderes wichtiges Bauvorhaben im Bezirk:
Der **Neubau in Glentleiten**. Wir freuen uns auf das neue Eingangsgebäude mit Gastronomie und Museum. Eine gelungene Architektur mit viel Holz. Sehr bedauerlich finden wir allerdings, dass es nicht in Passivhausqualität gebaut wird.

Eine verpasste Chance des Bezirks einen vorbildlichen Meilenstein im Umweltschutz zu setzen.

Umwelt

Klimaschutz: Geht uns das was an? Am vergangenen Wochenende endete die Klimakonferenz in Paris mit einer historischen Einigung zur Begrenzung der Erderwärmung.

Der Klimaschutz kann nur gelingen, wenn sich alle auf nationaler und internationaler Ebene daran beteiligen.

Die einzelnen Bürger sind gefragt, viel mehr noch die Wirtschaft als Ganzes und vor allem auch die kommunalen Gliederungen.

Es stellt sich die Frage: Können wir als Bezirk zum Klimaschutz beitragen? Die Antwort lautet:

Eindeutig JA.

In vorbildlicher Weise beschreibt der Bezirk Oberbayern die Umweltschutzaspekte der Bezirksverwaltung in einer Umwelterklärung.

Vielen Dank an dieser Stelle vor allem an unsere Umweltbeauftragten Frau Stenzel und Frau Dörrbecker.

Wenn man Zustände beschreibt, kann man Ziele ableiten, die es zu erreichen gilt.

Der Zustand:

Die Gesamtemissionen von Treibhausgasen betrug 2013 knapp 1200 Tonnen CO₂-Äquivalent.

Das Ziel: Der CO2-neutrale Bezirk Oberbayern, dazu werden wir unseren Antrag zum Klimaschutz einreichen.

Klimaschutz vor unserer Haustüre:

Es ist mittlerweile bekannt, dass Hoch- und Niedermoore enorme Mengen an CO2 speichern.

Mit anderen Worten: "Moorschutz ist Klimaschutz"

Erfreulicher Weise ist der Bezirk am Zweckverband Donaumoos beteiligt, der sich unter anderem zum Ziel gesetzt hat, bestehende Moorflächen im Donaumoos zu schützen.

Daran orientiert sich ein weiterer Antrag zum Klimaschutz:

"Der Bezirk Oberbayern möge auf Grundlage seiner Mitgliedschaft im Zweckverband Donaumoos darauf hinwirken, die Klimaschutzpotentiale des Donaumoos auszuschöpfen."

Zurück zum Haushalt:

Wir werden dem Haushalt zustimmen und der gleichbleibenden Bezirksumlage ebenso.

Vielen Dank für die Erstellung und Erklärung in unserer Fraktion an Herrn Getzlaff und Frau Hirschhuber und dem ganzen Team ein herzliches Dankeschön.

Dank an den Bezirksjugendring für das Engagement in den verschiedenen Bereichen - insbesondere ZAMMA, Vorfreude über die hoffentlich baldige Fertigstellung der Neufassung des oberbayerischen Kinder- und Jugendprogramms dann im Jahr 2016.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch gleich Danke an alle Mitarbeiter*innen und dem Vorstand der kbo-Kliniken sagen, die unaufgeregt die Versorgung der Flüchtlinge bewältigen und dabei konstruktiv nach Lösungen suchen.

Dank an alle Mitarbeiter*innen im Bezirk, denn hier arbeiten Verwaltung und Politik nicht gegeneinander, sondern versuchen gemeinsam, die vielfältig entstehenden Ideen umzusetzen.

Unser Dank gilt ebenso dem Gesamtpersonalrat und dem Betriebsrat.

Danken möchte ich auch Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen und dem Präsidium, für ein faires, offenes Miteinander.

Ihnen allen frohe Festtage, eine geruhssame Zeit „zwischen den Jahren“, ein gesundes und glückliches Neues Jahr und viel Schwung für mutige Entscheidungen.

Haushaltsrede 2016 des Fraktionsvorsitzenden der Freien Wähler Herr Rainer Schneider

- es gilt das gesprochene Wort -

Verehrtes Präsidium,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
meine verehrten Damen und Herren,

zu Beginn meiner Rede möchte ich im Namen der Fraktion, aber auch persönlich, ein herzliches Dankeschön den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bezirksverwaltung für die Vorbereitung des Haushaltsentwurfs aussprechen. Ein besonderer Dank gilt Herrn Getzlaff und Frau Hirschhuber für die ausführlichen Erläuterungen der Unterlagen und die Bereitschaft, auf alle Fragen umfassende Antworten zu geben.

Die Vorarbeiten dienten dazu, die Fraktionsmitglieder in die Lage zu versetzen, die Haushaltszahlen zu analysieren und die von der Verwaltung vorgeschlagenen Festsetzungen zu bewerten.

Wir haben uns erneut mit der langfristigen Finanzierbarkeit der Bezirksaufgaben befasst und konnten die im Haushaltsentwurf beinhalteten Vorschläge nachvollziehen.

Die gesamten Diskussionen waren in diesem Jahr vom Thema Flüchtlinge im Allgemeinen und den „Unbegleiteten Minderjährigen“ im Speziellen überlagert. Daraus folgt, dass für uns der gewählte Haushaltsansatz von € 9 Millionen nur deshalb akzeptabel erscheint, als bei einer Unsicherheit zwischen € 60 bis 120 Millionen an Kosten die derzeitige Rücklage den nötigen Puffer bis zum Erreichen eines Liquiditätsengpasses böte. Allerdings sind wir, wie ich bereits in der Bezirksausschusssitzung erwähnte, der Auffassung, dass hier die Verhandlungen mit dem Freistaat kurzfristig zum Erfolg geführt werden müssen. Die Aussage von Frau Ministerin Müller, im Hinblick auf die Zuständigkeit und Kostenübernahmebereitschaft bei den über 18 jährigen, aber als UMF eingereisten Menschen, lässt weder optimistische Betrachtungen noch einfache Gespräche erwarten.

Die Fraktion der Freien Wähler stellt fest, dass aufgrund der scheinbar noch stabilen konjunkturellen Entwicklung sowie des anhaltenden Drucks auf die Zinsen in der Folge auch eine stabile Umlagekraft, mit den Bedenken bezüglich der vorgenannten Herausforderungen, gewährleistet werden kann. Damit erscheint noch eine Beibehaltung der Bezirksumlage mit einem Hebesatz von 19,5%, möglich.

Bei den ersten Gesprächen zum Haushalt 2016 erschien uns sogar noch eine Senkung um 0,25% denkbar. Allerdings gingen wir dabei auch noch von der Einhaltung der Zusagen des Herrn Ministerpräsidenten zur vollständigen Kostenübernahme für die UMF aus.

Diese wurden ja bedauerlicherweise durch Minister der Staatsregierung relativiert.

Des Weiteren liegt die Höhe der Rücklagen und die damit verbundene Liquidität auf einem gerade noch akzeptablen Niveau, um die Risiken der UMF-Finanzierung zu meistern.

Drittens stellen wir fest, dass die Schuldentilgung fortgesetzt, nunmehr aber aus nachvollziehbaren Gründen, auch nahezu zum Abschluss gebracht wird.

Aus den genannten Gründen folgen wir der Empfehlung des Bezirksausschusses und stimmen dem Haushalt 2016 mit den dazugehörigen Bestandteilen zu.

Die Fraktion der Freien Wähler muss aber auch heuer ein paar kritische Worte anmerken:

Als Kommunalpolitiker sind wir uns der Gesamtverantwortung innerhalb der kommunalen Familie sehr bewusst.

Der Freistaat zeigt seine Solidarität mit den Kommunen beim Art. 15 FAG trotz ständig steigender Kosten nicht.

Es wäre erneut, wie im letzten Jahr bereits erwähnt, ein Gebot der Stunde gewesen, im Sinne der Betroffenen zu entscheiden und auch der guten Haushaltslage geschuldet, die Mittel deutlich aufzustocken.

Dies ist wieder unterblieben und führt dazu, dass die zugewiesenen Ausgleichsmittel für den Bezirk Oberbayern nur noch rund € 80 Millionen betragen. Eine Summe, die die Liquidität des Bezirks Oberbayern nurmehr für deutlich weniger als einen Monat sicherstellt!

Wo ist die Solidarität, wenn die eine Seite mehr als 11/12tel einer Summe bezahlt und die andere nicht einmal mehr 1/12tel?

Das noch zu bewältigende, große Thema der Behindertenrechtskonvention mit der Teilhabe wird weiterhin sehr stiefmütterlich behandelt und in keinsten Weise mit akzeptablen Geldmitteln ausgestattet.

Es sieht zunehmend so aus, als würde der Freistaat hier die Kommunen im Regen stehen lassen.

Wenn dies in einer scheinbar guten konjunkturellen Situation nicht getan wird, welche Folgen hat es dann erst bei einer Abschwächung derselben?

Diese können wir, angesichts der sich fortsetzenden Vorgänge bei EU und EZB, mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit, erwarten.

Gestatten Sie mir erneut, sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident Mederer, Ihnen und Ihrem gesamten Team, in Verwaltung und den Einrichtungen, für die Vorgaben zu einem klaren wirtschaftlichen Rahmen und die stetige Überprüfung der Ausgabennotwendigkeiten zu danken und Ihnen auch weiterhin bei dieser Vorgehensweise die Unterstützung der Freien Wähler zu versichern.

Verehrtes Präsidium,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
im Namen der Fraktion der Freien Wähler,
wie auch persönlich,
danke ich Ihnen für die stets konstruktive und parteiübergreifend sehr freundschaftliche Zusammenarbeit und wünsche Ihnen und Ihren Familien eine besinnliche Adventszeit, ein frohes Weihnachtsfest und Gesundheit, Glück und Erfolg im Jahr 2016.

Vielen Dank.

**Haushaltsrede 2016 der FDP
vorgetragen von Frau Friedl-Lausenmeyer**

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident,
sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich erinnere mich an Ihren Satz, Herr Präsident, - und Herr Loy hat das heute auch erwähnt - dass wir, die bayrischen Bezirke, mit den anderen kommunalen Spitzenverbänden „auf Augenhöhe“ diskutieren können und dies auch mit dem neuen Corporate Identity und Benennung in „Bayerischer Bezirkstag“ zuwege bringen wollen. Das ist sicher ein Stück weit gelungen und noch weiter ausbaufähig. Auf Augenhöhe sollten die Bezirke aber auch mit den staatlichen Ebenen reden können, aber hier scheint die Mühe oft vergebens. Wir würdigen ausdrücklich Ihre Bemühungen, Herr Präsident, wie Sie sich betreffend der Unterbringungskosten für die UMF eingesetzt haben. Hier denke ich manchmal, dass in Ihrer großen Partei doch mehr Einigkeit, mehr Einflussmöglichkeit untereinander bestehen sollte, aber besonders wenn es um Finanzen geht, will eben jeder gut dastehen, gern auch auf Kosten der anderen, in der Konsequenz auf Kosten der „Kleineren“ – und das sind eben die kommunalen Ebenen, denen in diesem Zusammenhang Lasten aufgebürdet werden, dass einem schwindlig werden könnte.

Haushalt

Sie Herr Präsident haben bereits letztes Jahr prognostiziert, dass die Umlage stabil bleiben könnte. Und betreffend die Bundesmilliarde befürchteten Sie zu Recht, dass sich möglicherweise weder der Freistaat noch der Bund an den Kosten der Eingliederungshilfe direkt beteiligen und stattdessen lieber die Finanzausstattung der Kommunen stärken möchten. So ist es nun und dennoch können wir dieses Jahr den Hebesatz halten, - und das konnten Sie letztes Jahr eigentlich noch nicht wissen - trotz der zusätzlichen Belastung, die die Unterbringungskosten der UMF mit sich bringen werden. Respekt! Was nächstes Jahr sein wird, mit einem entsprechenden Nachtragshaushalt, bleibt abzuwarten, und Ihre schwere Aufgabe wird es sein, zu kommunizieren, dass wir uns die Mittel, die wir für unsere Aufgaben benötigen, von den Umlagezahlern holen müssen. Den diesjährigen Haushalt meines Landkreises vor Augen, in dem z.B. aufgrund eigenständiger Initiativen u.a. für den Wohnungsbau für Flüchtlinge Rekordschulden aufgenommen werden, kann ich mir die Begeisterung für eine Umlageerhöhung durch den Bezirk im nächsten und übernächsten Jahr gut ausmalen.

Aber: Wir haben weiterhin Schuldentilgung, keine Kreditaufnahme, stabile 19,5% für 2016 – diesem Haushalt stimmen wir Freien Demokraten natürlich zu.

Was Kostenbelastungen für die kommunalen Ebenen anbelangt, bleibt die Transparenz jedoch auf der Strecke. Die Erweiterung der Bemessungsgrundlage der Umlagekraft durch die Anhebung der Nivellierungshebesätze auf einheitlich 310 Pp und die erstmalige Berücksichtigung von 10% der Steuereinnahmen, die die Nivellierungshebesätze übersteigen, - so sperrig das klingt, so sehr verzerrt das den Zahlenfluss und bedeutet ein Ausspielen der kommunalen Eben untereinander. Es ist gut für den Bezirk, benachteiligt aber die Gemeinden. Die Entwicklung der „Bundes-Milliarde“, die jetzt den Gemeinden zugute kommt, ist unklar. Das Umlagesystem stellen wir schon lange in Frage, an diesen jetzigen Stellschrauben sehen wir, dass es für die echte kommunale Selbstverwaltung nicht das Gelbe vom Ei ist. Nach unserer Meinung ignoriert die Staatsregierung die Probleme der Kommunen. Unverständlich ist auch besonders, dass die Spitzenverbände das Ergebnis des Spitzengesprächs im vergangenen Juli loben – hinsichtlich der Deckelung bzw. sogar Verringerung der Zuweisung der FAG-Mittel an die Bezirke um über 4 Mio Euro, auch hinsichtlich der steigen Kosten für Sozialausgaben und auch der Kosten für jene UMF, die über 18 Jahre

alt sind und die vom Bezirk getragen werden müssen - und wir reden hier von unkalkulierbaren „60 – 120 Mio. Euro“ - was eben eine Umlageerhöhung zur Folge haben wird. Die Kosten für die Betreuung der UMF müssen den Kommunen durch die Staatsregierung vollständig erstattet werden! In anderen Bundesländern ist dies längst Usus, warum steht Bayern hier zurück?

Aber immerhin, was die Wohnungsnot anbelangt, hat die Staatsregierung ein Programm aufgelegt, den „Wohnungspakt Bayern“ mit dem schönen Motto: „Wohnraum für alle“! Es sollen bis 2019 28.000 neue staatlich finanzierte oder geförderte Mietwohnungen entstehen, so die Zielmarke von StaMi Herrmann. Drei Säulen hat das Programm: staatl. Sofortprogramm, kommunales Förderprogramm und Ausbau der allgemeinen Wohnungsbauförderung. Es stehen dafür 2,6 Mio Euro bereit. Investitionshemmnisse sollen abgebaut, preisgünstiger Wohnraum geschaffen werden.

Dieser Ansatz klingt gut, er trägt dem Freisinger Appell in einigen Punkten Rechnung, aber ob man zeitnah dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum als Ursache für die Überbelegung von Langzeiteinrichtungen damit Herr wird, ist erstmal zu bezweifeln. Denn es braucht mehr als das Drei-Säulen-Modell der Staatsregierung. Die Gemeinden haben die Planungshoheit, und wenn man, wie ich als Gemeinderätin, über ein Jahrzehnt den Fortgang von B-Plänen beobachten durfte, sinkt die Hoffnung, dass dieses Förderprogramm wirklich ausgeschöpft wird, gegen Null. Aber nicht nur die Unwilligkeit der Gemeinderäte, vielmehr auch jene der Landwirte, die vielleicht Grund verkaufen könnten, aber zur Zeit wegen schlechter Zinssätze nicht mögen und zudem gleichzeitig für Ausgleichsflächen sorgen müssen; oder die Belange des Naturschutzes und die Regelungen betreffend der Aussenbereiche stehen gegen eine ausreichende Ausweisung von Bauland. (In der Wohnraumkonferenz in München schlug Staatsminister Herrmann vor, man solle doch die Regelungen betreffend Außenbereiche „kreativ“ auslegen, was zu herzlichem Gelächter unter den Kommunalpolitikern beitrug). Wir hoffen, dass Sie Herr Präsident, zusammen mit den anderen Spitzenverbänden erreichen können, dass die Regelungen von der Bayrischen Bauordnung bis zum Baugesetzbuch in dieser Hinsicht die notwendigen Änderungen erfahren und dass Sie hierfür den Verantwortlichen auf die Sprünge helfen können!

Jedenfalls ein Dank an Sie, Herr Mederer, dass Sie sich für die Belange der Kommunen insgesamt so einsetzen und von unserer Seite ein ermutigendes „Weiter so!“

Investitionen sind unglaublich viele begonnen worden im vergangenen Jahr, vielleicht gerade noch rechtzeitig vor einem massiven Investitionsstau: Casino, Flachdach, Rechenzentrum, Plenarsaal, Entrée der Glentleiten, ... und, natürlich, das BBW **Johanniskirchen**. Gottseidank ist nun das Konzept für die Sanierung beschlossen worden. Zweifelsohne bleibt die Sorge, die wir auch im letzten Jahr schon zur Sprache brachten, dass die Kosten explodieren könnten oder das Gebäude doch noch abgerissen werden muss, da die Mängel größer sein könnten als prognostiziert. Und es bleibt die Sorge der Haftungsfrage nach einer kostengedeckelten Sanierung, bei der womöglich zuungunsten der Qualität gespart werden müsste. Es hilft uns Politikern jetzt aber nur weiter, ins kalte Wasser zu springen, und dann das Projekt weiterhin kritisch zu begleiten. Denn keiner kennt einen Königsweg, der Risikominimierung und Qualitätsgarantie bietet. Somit sehen wir Liberalen diesen Beschluss als richtig und wichtig an und wir möchten uns in diesem Zusammenhang bei den Beteiligten, besonders bei der Leitung des BBW, bedanken, die sich unermüdlich für die Bedürfnisse und Anforderungen für die junge Menschen in ihrem Haus eingesetzt haben, unterstützt von der Referentin Frau Schildbach, die sich hartnäckig und fachkundig nicht nur für einen schnellstmöglichen Baubeginn eingesetzt hat, sondern auch für Information und Transparenz in dieser Angelegenheit für uns Bezirksräte gesorgt hat.

Im Rahmen des **GSV** Gremiums für Gesundheit- und Sozialplanung wurde aufgrund unseres Antrags eine Projektgruppe zu „Prävention und Best Practice - Vermeidung von Gewalt in Einrichtungen in Oberbayern“ ins Leben gerufen, die sich für einheitliche Standards zur Vermeidung von Gewalt in Einrichtungen einsetzen soll. Es wurden mittlerweile verbindliche Qualitätsrichtlinien für die stationären Einrichtungen von behinderten Kindern und Jugendlichen erarbeitet und eine daraus entstandene beachtenswerte Broschüre **„Handreichung zur Prävention von und zum Umgang mit Gewalt für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene“** steht nun zur Verfügung. Für den Bereich Erwachsene weiterarbeiten zu können, ist derzeit nicht möglich, da in der Verwaltung der entsprechende Posten nicht ausgefüllt werden kann und wir hoffen, dass für diese produktive Arbeitsgruppe im kommenden Jahr ausreichende Kapazitäten zur Verfügung stehen.

Betreffend der positiv verlaufenen Projekte, wie z.B. den Ausbau flächendeckender Krisendienst und anderes, will ich nicht wiederholen, was andere schon gesagt haben.

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen Bezirksräte, wir verhehlen nicht unsere Freude über Zuwachs bei uns Freien Demokraten. Wir sind jetzt zu Dritt, da Frau Dr. Gabi Berg Mitglied der FDP geworden ist. Präsident Mederer hat gesagt, so etwas sei ein ganz normaler politischer Vorgang – wir haben das ebenso gesehen, wollten keinen Wirbel in die Sache bringen, der letztendlich ohne unser Zutun aber doch hereingebrochen ist, mit einer von uns so nicht gewollten Wirkung. Aber ich bin sicher, diese Veränderung wird mit Jahresbeginn zur Normalität werden und die Spuren, die sie hinterlassen hat, werden von unseren gemeinsamen Aufgaben und Zielen im oberbayrischen Bezirkstag verweht werden.

Der Dank zum Schluss ist Usus, aber er kommt von Herzen: Danke an Herrn Getzlaff, Frau Hirschhuber und ihrem Team in der Kämmerlei, Danke an die Mitglieder der Verwaltung, die uns hilfreich zur Seite gestanden sind, ein herzlicher Dank an Frau Tobolar-Karg, die unsere ausgiebigen Anmerkungen zum Sozialbericht an- und wahrgenommen hat. Danke an die Leitungen unserer Häuser und Einrichtungen, das Lob an das KU KBO haben andere schon vorweg genommen, aber hier noch ein besonders freundliches Danke auch im Namen unserer neuen Kollegin an Herrn Spuckti für seine geduldige Gesprächsbereitschaft.

Bei der Gelegenheit möchte ich Ihnen, sehr geehrter Herr Regierungspräsident Hillenbrand, unseren großen Respekt zollen, wie Sie die angespannte Situation mit den ankommenden Flüchtlingen für München und Oberbayern gemeistert haben.

Es ist viel geleistet worden im vergangenen Jahr, vor uns liegt aber eine Fülle von Aufgaben und Themen. So bleibt mir die Philosophie:

„Die Vergangenheit ist die Mutter der Zukunft“, sagt ein Sprichwort, auf das Konfuzius antwortet: „Wer nur zurückschaut, kann nicht sehen, was auf ihn zukommt“. In diesem Sinne wollen wir vorausschauen und freuen uns auf eine fruchtbare, ergebnisreiche, gemeinsame Arbeit für den Bezirkstag Oberbayern und wünschen Ihnen eine besinnliche staade Zeit und ein frohes Weihnachtsfest.

**Haushaltsrede 2016 der ÖDP
vorgetragen von Bezirksrat Tobias Ruff**

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Präsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

es ist nicht ganz einfach an dieser Stelle, eine neue Rede zum Haushalt zu halten. Wobei die Betonung auf dem Wort neu liegt. Als einer der letzten Redner in der Reihe ist den Vorrednern kaum mehr etwas hinzuzufügen. Auch haben sich nur wenige der Rahmenbedingungen im laufenden Jahr geändert. Viele Herausforderungen die uns 2015 zugewachsen sind, waren auch im Dezember 2014 schon zu erkennen. Die Flüchtlingskrise währt in dieser Dimension nun schon bald zwei Jahre. Und auch auf der Glentleiten oder am BBW in Johanniskirchen ist ein Jahr schnell vorüber.

Aber es gibt auch Konstanten, über die man sich freut. Wie in den vergangenen Jahren auch, werden wir 2016 wieder einen genehmigungsfreien Haushalt haben, d.h. keine Kredite und Verpflichtungsermächtigungen. Und dies bei einer stabilen Bezirksumlage.

Wer dies schultert, wem der Dank gebührt, ist klar. Ohne die vielen Kolleginnen und Kollegen, die sich Tag für Tag, oft auch Nacht für Nacht beim Bezirk Oberbayern und unseren Eigenbetrieben für unseren Bezirk und die Bevölkerung einsetzen. Ohne deren Engagement, ihr umsichtiges Handeln, immer auch mit einem Blick auf die Belange des Arbeitgebers, wäre es nicht möglich so einen Haushalt vorzulegen. Herzlichen Dank hierfür!

Sehr geehrter Herr Getzlaff, geehrte Frau Hirschhuber, Sie haben sich auch dieses Jahr wieder Zeit genommen und uns Bezirksräten in einer eigens dafür erstellten Präsentation den Haushaltsentwurf anschaulich und verständlich erklärt. Herzlichen Dank auch hierfür.

Für Sie und Ihre Mitarbeiter war es sicher nicht einfach diesen Haushalt aufzustellen. Einen Haushaltsplan punktgenau und pünktlich aufzustellen, das können Sie. Dazu bringen Sie und Ihre Mitarbeiter das nötige Engagement und Sachkenntnis mit.

Die eigentliche Kunst ist es, der Politik und den Kolleginnen und Kollegen zu vermitteln, dass wir trotz einer sehr komfortablen Einnahmesituation keine großen Sprünge machen können. Aufgabe des Kämmerers ist es eben auch bisweilen auf der Bremse zu stehen, wenn Wünsche aus Politik und Verwaltung an ihn herangetragen werden. Sie machen das in einer sehr angenehmen Art und Weise.

Sehr geehrter Herr Getzlaff, Sie haben auch dieses Jahr wieder einen Haushaltsentwurf ohne geplante Neuverschuldung vorgelegt. Die Schulden sollen auch im kommenden Jahr um ca. 8 Millionen Euro abgebaut werden.

Es ist wiederum möglich die Bezirksumlage stabil zu halten. Die Gemeinden, welche zurzeit wahrlich mit riesigen Aufgaben konfrontiert werden, werden es uns danken. Ein Haushalt also der die langfristige Handlungsfähigkeit des Bezirks im Blick hat. Käme da nicht der Nachtragshaushalt 2016. Denn das größte Haushaltsrisiko das sich aus der noch vollkommen unklaren Kostenerstattung für die minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge ergibt ist im hier vorliegenden Haushaltsentwurf nicht enthalten. Es ist ausgelagert in den Nachtragshaushalt 2016. Die mögliche Belastung liegt zwischen 66 und 115 Mio. Euro. Das wären im ungünstigen Fall immerhin gut 7 Prozent des Verwaltungshaushaltes.

Dass wir hier nicht sparen können wissen wir. Weiter ausführen möchte ich das Thema nicht, es eignet sich nicht dafür, sich im Rahmen einer Haushaltsrede zu positionieren, Politik zu machen.

Die Umlagekraftzahl ist im Jahr 2016 nach 2015 wiederum auf einem Allzeithoch. Die Einnahmesituation, hat sich gegenüber 2015 oder sollte ich besser sagen, die Grundlage unserer Einnahmen, weiter verbessert. Denn noch gelingt uns für 2016 ohne die bereits erwähnten Risiken ein nur knapp positiver Haushalt.

Und das sollte uns zu denken geben. Unsere Aufgaben und Ausgaben wachsen in einem Maß an, mit dem wir momentan aufgrund der Einnahmen zwar umgehen können, wir aber nicht wissen wie wir damit zurechtkommen wenn die Konjunktur nachlässt. Dabei werden wir, wenn wir uns die Haushalte unserer größten Beitragszahler ansehen noch ein bis zwei gute Jahre haben. Zurücklehnen sollten wir uns aber nicht.

Nachdem die Steigerung des Einzelplans 4 SOZIALES im Haushalt 2014 fast 40 Millionen Euro betrug, waren es 2015 rund 60 Millionen und nun ist eine Steigerung von knapp 75 Millionen angesetzt. Wir sehen hier also nicht nur eine Steigerung, sondern ein nahezu exponentielles Wachstum, wenn die Steigerung jedes Jahr zunimmt. Zur Erinnerung die Allgemeine Rücklage wird Ende 2015 rund 185 Millionen betragen. Hält die Entwicklung im Teilhaushalt 4 an, so könnten wir eine konjunkturelle Eintrübung gerade einmal gut 2 Jahre überstehen. Uns gelingt es also trotz Rekord-Einnahmen und einer stabilen Bezirksumlage nicht unsere Rücklagen aufzubauen.

Meine Vorredner haben schon eine Reihe der Herausforderungen dargestellt, denen sich der Bezirk Oberbayern in den kommenden Jahren stellen muss. Ich möchte mich daher darauf beschränken diese nur skizzenhaft zu beschreiben und wo nötig zu ergänzen.

Zuvorderst wird hier häufig der Demographische Wandel angeführt. Dabei wissen wir inzwischen, dass die Anziehungskraft des Wirtschaftsraumes Oberbayern so groß ist, dass aufgrund der Zuzugsraten von vor allem jungen Leuten und den hohen Geburtenraten die Alterung der Gesellschaft weit weniger stattfindet als befürchtet. Die tragenden Schultern werden also nicht unbedingt weniger, aber sie haben dennoch mehr zu tragen, in einer Region, die zu den teuersten zählt. Man muss sich nur die steigenden Mietpreise vor Augen führen.

Wenn wir uns die vorgesehenen Investitionen im Haushalt für das Jahr 2016 ansehen, so fällt auf, dass sich der Etat für Baumaßnahmen um rund 5 % erhöht hat. Angesichts der galoppierenden Preissteigerungen bei Bauen und Unterhalt relativiert sich das aber. 8,9 Millionen Euro für Baumaßnahmen sind immer noch weniger als 1 % des Haushalts.

Die Sanierung des BBW entpuppt sich zunehmend als kostenintensiver als geplant. Der Bezirk hat sich hier für eine reine Renovierung ohne Funktionsverbesserung entschieden, wohl vor allem aus finanziellen Gründen. Nach wie vor sind Zweifel erlaubt, ob dies der richtige Weg war. Freilich würde eine Rückkehr zum Vorhaben eines Neubaus wiederum sehr viel Zeit in Anspruch nehmen. Zeit, die wir angesichts des baulichen Zustandes des BBW nicht haben. Die Beauftragung eines Generalübernehmers kann hier dazu beitragen, dass wir im Kosten- und im Zeitrahmen bleiben. Voraussetzung ist allerdings, dass wir im Vorfeld unsere Anforderungen, was Nutzerbedarf und Bauausführungen angeht präzise formulieren. Hier sind sowohl die Bauverwaltung als auch die Politik gefordert.

Auch bei den anderen Bauvorhaben Glentleiten, Agrarbildungszentrum Landsberg am Lech, Plenarsaal etc. laufen entweder die Kosten aus dem Ruder oder aber Zeitpläne werden gedehnt. Freilich gibt es bei jedem einzelnen Vorhaben gute Gründe, so wird uns erklärt, aber in der Summe ist die Entwicklung doch sehr bedenklich. Wir sollten uns ernsthaft Gedanken machen, wie wir hier entgegen wirken können. Am BBW ist mit der vorgesehenen Beauftragung eines Generalübernehmers ein Anfang gemacht.

Im Einzelplan Kultur ist eine Steigerung um wiederum gut 5% vorgesehen. Allerdings ist diese Steigerung weit weniger erfreulich als sie noch im letzten Jahr war. So ist sie doch überwiegend unabwendbaren Aufgaben geschuldet. Zu erwähnen sind hier beispielhaft die Biozid Belastung auf der Glentleiten und gestiegene Sicherheitsstandards. Die Erhöhung der Fördermittel stellt nur einen geringen Anteil dar. Von der Budgetsteigerung kommt demnach nur ein geringer Teil bei der

Kultur an. Das ist schade! Vor allem auch unter dem Gesichtspunkt, dass man hier unmittelbar an der Außenwahrnehmung des Bezirks arbeitet. Die Arbeit des Bezirks Oberbayern im Bereich Kultur, bei der Heimatpflege, den Museen und den Fachberatungen ist hervorragend und sie prägt das Bild des Bezirks in der Öffentlichkeit. Bei zukünftigen Haushaltsausweitungen sollte deshalb ein Schwerpunkt bei der Kultur gesetzt werden. 1% des Bezirkshaushaltes ist einfach zu wenig. Wir müssen uns ja nicht gleich an der Privatwirtschaft orientieren, wo üblicherweise 10-15 % der Mittel für Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung stehen.

In diesem Sinne Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen sie uns weiter um die besten Ideen ringen und lassen sie uns gemeinsam an einem Strang ziehen, wenn es darum geht eine bessere Finanzausstattung der Bezirke bei Bund und Land einzufordern.

Wir die Bezirksräte der ÖDP werden dem Haushalt zustimmen. Wir halten ihn im Großen und Ganzen für gelungen. Wo wir in Sachfragen anderer Meinung sind, werden wir unsere Bedenken in den Ausschüssen und im Plenum durch Wortmeldungen und durch unser Abstimmungsverhalten dokumentieren.

Nochmals Ihnen Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen meine Damen und Herren herzlichen Dank! Und besinnliche Weihnachten!

Tobias Ruff

**Haushaltsrede 2016 der PIRATEN
vorgetragen von Frau Martina Wentz**

- es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrter Herr Präsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
verehrte Verwaltungsmitglieder,

i mach meine Rede kurz, so zum Schluss der Reden naus möcht i a nichts mehr in die Länge zi-
ang, mir ham ja nu den Großteil der Tagesordnungspunkte vor uns.

A i wui mi ganz herzlich für die Vorstellung des Haushalts durch Frau Hirschhuber bedanka, die
sich vui Zeit gnumma hod, den Haushaltsplan für 2016 verständlich z'erklären. Freilich werd a i glei
zuastimma.

Gern mecht i no ein paar Worte zu de kommenden Tagesordnungspunkte, der Änderung der Ge-
schäftsordnung und den Änderungen in der Gremienbesetzung verlieren. Zuerst ist mir wichtig
nommoi meiner Kollegin und Freundin Frau Dr. Berg für die guade Zusammenarbeit in der Ver-
gangenheit zum Danka: I bin sicher, dass sich an dem auch in Zukunft durch ihren Wechsel zu
den Liberalen nichts ändert. Frau Schildbach-Halser und Herr Ruff von der ÖDP und i bilden a
Ausschussgemeinschaft und die FDP hat Fraktionsstärke: Dadurch ändert si einiges in der Gremi-
enbesetzung.

Es is überraschend hart verhandelt worn aber schliesslich hamma doch a guade Lösung für alle
Betroffenen gfunden. Sicherlich wern Sie diesen Änderungen heid zuastimma.

I fre mi drauf in Zukunft zusätzlich im Sozialausschuss, im GSV-Gremium und in der Kommission
für die Bezirkliche Kinder- und Jugendarbeit mitarbeiten z derfa, wodurch sich mei Aufgabenfeld
deitlich erweitert.

Jetzt nu zu wos ganz anderm: I sog nu a paar Takte zur momentanen Flüchtlingssituation.

Ob jetzt a fixe Obergrenze, Kontingente oder a Beschränkung des Zuzugs: Egal wos der Bundes-
oder Landespolitik nu eifoid: Deutschland werd seiner humanitären Verpflichtung zur Aufnahme
von Geflüchteten nochkema miassen und des a in Zukunft menschenwürdig und engagiert doa – i
bin ja der Überzeugung, dass ma do a ohne Obergrenzen auskeman. Schliesslich san mir ned nur
mir: Mir san olle, egal ob Christen, Moslems, Frauen, Männer, Oid-eigessene oder Geflüchtete.
Mir und Ehrna is freilich klar, dass durch die schreckliche Situation in de Heimatländer a in Zukunft
vui Leid bei uns Schutz suacha miassen, die durch Krieg, Flucht und Verlust traumatisiert san und
psychologische Hilfe brauchen. Sowoi Kinder ois a Erwachsene wern bsonders auf die Bezirke als
Träger der psychiatrischen Versorgung zuakema. Wos für a finanzielle Belastung auf den Bezirk
Oberbayern da zuakema werd ist völlig unklar. A de Belastungen durch die unbegleiteten minder-
jährigen Flüchtling san kaum abschätzbar. Der Bezirk Oberbayern werd, genau wie die gesamte
BRD, die Situation meistern: Ned nur finanziell, sondern a menschlich. Und des a mit Ihrer Huif.
Dafür sog i jetzt scho herzlich „Dankschen“.

A persönliches Danke mecht i a nommoi loswern für de vielen lieben Gratulationen zur Geburt von
meiner Tochter Mathilda. Auf allen Kommunikationswegen ham mi ehrnane Glückwünsche er-
reicht: Per Post, E-Mail, persönlich, über What's-App. I hob mi wirklich gach gfreit!

Zum Schluss bleibt ma nur no, Ehrna und Ehrnane Familien gsegnets Weihnachtsfest, a fleißigs
Christkindl und an guaden Rutsch ins neie Jahr zu wünschen. I frei mi scho auf unser Zusammen-
arbeit 2016!

Nach den Vorberatungen werden die Haushaltssatzung 2016 und ihre Anlagen beschlossen.

Beschluss:	1. Für das Haushaltsjahr 2016 wird den Festsetzungen im Verwaltungshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben von 1.558.100.000,00 € sowie im Vermögenshaushalt mit Einnahmen und Ausgaben von 23.050.000,00 € zugestimmt. 2. Dem Finanzplan 2015 bis 2019 mit dem zugrunde liegenden Investitionsprogramm wird zugestimmt. 3. Den Festsetzungen in den Wirtschaftsplänen 2016 des Kultur- und Bildungszentrums Kloster Seeon und der Bezirksgüter Haar, Gabersee und Taufkirchen (Vils) mit den Finanzplänen 2015 bis 2019 und Investitionsprogrammen wird zugestimmt. 4. Dem Stellenplan des Bezirks Oberbayern für das Haushaltsjahr 2016 wird zugestimmt. 5. Der Hebesatz der Bezirksumlage wird für das Haushaltsjahr 2016 auf 19,50 v.H. festgesetzt. 6. Die Haushaltssatzung 2016 wird beschlossen.
	angenommen Ja 61 Nein 0

TOP 3 **Änderung der Geschäftsordnung**

Die vorgeschlagenen Änderungen der Geschäftsordnung werden vorgetragen.

Beschluss:	1) Die Geschäftsordnung des Bezirkstags von Oberbayern vom 28.12.2013 (OBABl. Nr. 26/2013 vom 27.12.2013, S. 390) wird wie folgt geändert: § 5 Abs. 4 erhält den neuen Wortlaut: ¹Der Ausschuss nach Absatz 1 Nr. 1 besteht aus dem Bezirkstagspräsidenten bzw. der Bezirkstagspräsidentin und zwölf Bezirkstagsmitgliedern, die Ausschüsse nach Absatz 2 bestehen aus dem Bezirkstagspräsidenten bzw. der Bezirkstagspräsidentin und vierzehn Bezirkstagsmitgliedern. ²Der Ausschuss nach Absatz 1 Nr. 2 besteht aus sieben Bezirkstagsmitgliedern. 2) Diese Änderung tritt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft. Die Verwaltung wird beauftragt eine konsolidierte Fassung zu erstellen und zu veröffentlichen.
-------------------	--

angenommen

Ja 60 Nein 0

TOP 4 Gremienbesetzung - Änderungen

Der Sachverhalt wird vorgetragen.

Bezirksausschuss (12 Sitze – Art. 26 Abs. 1 S. 2 BezO)

	Mitglied	1. Stellvertreter/in	2. Stellvertreter/in
1	Josef Bichler	Thomas Schwarzenberger	Alexandra Bertl
2	Dr. Rainer Großmann	Reinhard Eichner	Sabine Wohlrab
3	Franz Hofstetter	Sebastian Friesinger	Simon Schindlmayr
4	Susanne Linhart	Gabriele Off-Nesselhauf	Beate Meyer
5	Josef Loy	Harald Schwab	Ingeborg Linder
6	Ilse Weiß	Barbara Kuhn	Patricia Klein
7	Michael Asam	Dr. Mike Malm	Katja Weitzel
8	Gerhard Wimmer	Helga Hügenell	Irmgard Hofmann
9	Rainer Schneider	Christine Degenhart	Dr. Michael Schanderl
10	Joachim Siebler	Ulrike Goldstein	Petra Tuttas
11	Sigrid Friedl-Lausenmeyer *)	Barbara Gräfin von Baudissin-Schmidt *)	Dr. Gabriela Berg *)
12	Hubert Dorn	Florian Weber	Hansjörg Barth

*) Änderung durch Beschluss des BT vom 17.12.2015)

Rechnungsprüfungsausschuss (7 Sitze – Art. 85 Abs. 2 BezO, § 5 Abs. 4 GeschO)

	Mitglied	1. Stellvertreter/in	2. Stellvertreter/in
1	Beate Meyer	Birgit Hainz	Sabine Wohlrab
2	Harald Schwab	Annemarie Funke *)	Barbara Breher *)
3	Günther Wunsam	Veit Hartsperger	Robert Knöferl
4	Richard Salvermoser	Katja Weitzel	Christina Hörl
5	Konrad Specker	Sepp Hofer	Marianne Heigl
6	Johannes Becher	Ulrike Goldstein	Joachim Siebler
7	Johanna Schilbach-Halser *)	Tobias Ruff *)	Hansjörg Barth *)

*) Änderung durch Beschluss des BT vom 17.12.2015)

Vorsitzende/r	Stellvertreter/in
Richard Salvermoser	Harald Schwab

Ausschuss für Bau, Umwelt und Energie (14 Sitze)

	Mitglied	1. Stellvertreter/in	2. Stellvertreter/in
1	Josef Bichler	Thomas Schwarzenberger	Ilse Weiß
2	Sebastian Friesinger	Günther Wunsam	Annemarie Funke
3	Veit Hartsperger	Franz Hofstetter	Claudia Hausberger
4	Patricia Klein	Reinhard Eichner	Robert Knöferl
5	Josef Loy	Dr. Rainer Großmann	Simon Schindlmayr
6	Irmgard Hofmann *)	Harald Schwab *)	Gabriele Off-Nesselhauf *)
7	Gerhard Wimmer	Richard Salvermoser	Martin Eberl
8	Katja Weitzel	Elisabeth Jordan	Hiltrud Broschei *)
9	Dr. Michael Schanderl	Christine Degenhart	Sepp Hofer
10	Roland Zintl	Johannes Becher *)	Jan Halbauer *)
11	Joachim Siebler *)	Petra Tuttas *)	Sylvio Bohr *)
12	Dr. Gabriela Berg	Barbara Gräfin von Baudissin-Schmidt *)	Sigrid Friedl-Laussenmeyer *)
13	Tobias Ruff *)	Martina Wenta *)	Johanna Schildbach-Halser *)
14	Hansjörg Barth	Florian Weber	Hubert Dorn

*) Änderung durch Beschluss des BT vom 17.12.2015)

Arbeitsgruppe „BAU“ (neu 7 Sitze - § 11 Abs. 2 S. 2 GesChO)

	Mitglied	Stellvertreter/in
1	Josef Loy	Franz Hofstetter
2	Gerhard Wimmer	Katja Weitzel
3	Christine Degenhart	Dr. Michael Schanderl
4	Ulrike Goldstein	Roland Zintl
5	Dr. Gabriela Berg *)	Barbara Gräfin von Baudissin-Schmidt *)
6	Tobias Ruff *)	Martina Wenta *)
7	Hansjörg Barth	Florian Weber

*) Änderung durch Beschluss des BT vom 17.12.2015)

Sozial- und Gesundheitsausschuss (14 Sitze)

	Mitglied	1. Stellvertreter/in	2. Stellvertreter/in
1	Patricia Klein *)	Alexandra Bertl *)	Ilse Weiß *)
2	Reinhard Eichiner	Robert Knöferl	Ingeborg Linder
3	Claudia Hausberger	Gabriele Off-Nesselhauf	Karin Hobmeier
4	Josef Loy	Dr. Rainer Großmann	Georg Wetzelsperger
5	Beate Meyer	Birgit Hainz	Sabine Wohlrab
6	Simon Schindlmayr	Harald Schwab	Susanne Linhart
7	Helga Hügenell	Irmgard Hofmann	Christina Hörl
8	Hiltrud Broschei	Elisabeth Jordan	Martin Eberl
9	Marianne Heigl	Konrad Specker	Dr. Michael Schanderl
10	Petra Tuttas	Elisabeth Janner *)	Joachim Siebler
11	Johannes Becher *)	Jan Halbauer *)	Ulrike Goldstein *)
12	Barbara Gräfin von Baudissin-Schmidt *)	Dr. Gabriela Berg *)	Sigrid Friedl-Laussenmeyer *)
13	Martina Wentz *)	Johanna Schildbach-Halser *)	Tobias Ruff *)
14	Florian Weber	Hansjörg Barth	Hubert Dorn

*) Änderung durch Beschluss des BT vom 17.12.2015)

Ausschuss für Kultur, Schulen und Museen (14 Sitze)

	Mitglied	1. Stellvertreter/in	2. Stellvertreter/in
1	Sebastian Friesinger	Annemarie Funke	Günther Wunsam
2	Barbara Kuhn	Karin Hobmeier	Ingeborg Linder
3	Gabriele Off-Nesselhauf	Simon Schindlmayr	Sabine Wohlrab
4	Thomas Schwarzenberger	Alexandra Bertl	Josef Bichler
5	Anton Spitzbauer	Beate Meyer	Susanne Linhart
6	Georg Wetzelsperger	Birgit Hainz	Veit Hartsperger
7	Prof. Dr. Jan Murken	Christina Hörl	Richard Salvermoser
8	Martin Eberl	Dr. Mike Malm	Hiltrud Broschei
9	Christine Degenhart	Rainer Schneider	Konrad Specker
10	Elisabeth Janner	Jan Halbauer	Johannes Becher
11	Sylvio Bohr *)	Roland Zintl *)	Petra Tuttas *)
12	Sigrid Friedl-Laussenmeyer *)	Dr. Gabriela Berg *)	Barbara Gräfin von Baudissin-Schmidt *)
13	Johanna Schildbach-Halser *)	Martina Wentz *)	Tobias Ruff *)
14	Hansjörg Barth	Hubert Dorn	Florian Weber

*) Änderung durch Beschluss des BT vom 17.12.2015)

Personalausschuss (14 Sitze)

	Mitglied	1. Stellvertreter/in	2. Stellvertreter/in
1	Claudia Hausberger	Veit Hartsperger *)	Sebastian Friesinger *)
2	Karin Hobmeier	Anton Spitzbauer	Ilse Weiß

3	Robert Knöferl	Patricia Klein	Beate Meyer
4	Alexandra Bertl	Josef Bichler	Thomas Schwarzenberger
5	Sabine Wohlrab	Dr. Rainer Großmann	Ingeborg Linder
6	Katja Weitzel *)	Simon Schindlmayr *)	Birgit Hainz *)
7	Christina Hörl	Elisabeth Jordan	Gerhard Wimmer
8	Dr. Mike Malm	Irmgard Hofmann	Katja Weitzel
9	Konrad Specker	Sepp Hofer	Rainer Schneider
10	Sylvio Bohr	Elisabeth Janner	Petra Tuttas *)
11	Ulrike Goldstein *)	Joachim Siebler *)	Roland Zintl *)
12	Dr. Gabriela Berg *)	Sigrid Friedl-Laussenmeyer *)	Barbara Gräfin von Baudis-sin-Schmidt *)
13	Martina Wentz *)	Johanna Schilbach-Halser *)	Tobias Ruff *)
14	Hubert Dorn	Hansjörg Barth	Florian Weber

*) Änderung durch Beschluss des BT vom 17.12.2015)

Werkausschuss für das Kultur- und Bildungszentrum Kloster Seeon des Bezirks Oberbayern (14 Sitze)

	Mitglied	1. Stellvertreter/in	2. Stellvertreter/in
1	Annemarie Funke	Beate Meyer	Birgit Hainz
2	Veit Hartsperger	Claudia Hausberger	Gabriele Off-Nesselhauf
3	Georg Wetzelsperger	Barbara Kuhn	Harald Schwab
4	Günther Wunsam	Reinhard Eichner	Sabine Wohlrab
5	Sebastian Friesinger	Barbara Breher	Robert Knöferl
6	Susanne Linhart	Ilse Weiß	Simon Schindlmayr
7	Irmgard Hofmann	Gerhard Wimmer	Christina Hörl
8	Elisabeth Jordan	Hiltrud Broschei	Helga Hügenell
9	Sepp Hofer	Rainer Schneider	Konrad Specker
10	Elisabeth Janner	Johannes Becher *)	Ulrike Goldstein *)
11	Joachim Siebler *)	Roland Zintl *)	Petra Tuttas *)
12	Sigrid Friedl-Laussenmeyer *)	Barbara Gräfin von Baudis-sin-Schmidt *)	Dr. Gabriela Berg *)
13	Johanna Schilbach-Halser *)	Martina Wentz *)	Tobias Ruff *)
14	Florian Weber	Hubert Dorn	Hansjörg Barth

*) Änderung durch Beschluss des BT vom 17.12.2015)

Bayerischer Bezirkstag - Verbandsversammlung (23 Sitze)

	Mitglied	Stellvertreter/in
1	Sebastian Friesinger	Günter Wunsam
2	Dr. Rainer Großmann	Sabine Wohlrab
3	Franz Hofstetter	Robert Knöferl
4	Barbara Kuhn	Ingeborg Linder
5	Susanne Linhart	Gabriele Off-Nesselhauf
6	Josef Loy	Reinhard Eichner
7	Harald Schwab	Barbara Breher
8	Friederike Steinberger	Beate Meyer

9	Ilse Weiß	Anton Spitzbauer
10	Georg Wetzelsperger	Simon Schindlmayr
11	Gerhard Wimmer	Elisabeth Jordan
12	Prof. Dr. Jan Murken	Irmgard Hofmann
13	Helga Hügenell	Hiltrud Broschei
14	Dr. Mike Malm	Martin Eberl *)
15	Michael Asam *)	Richard Salvermoser
16	Marianne Heigl	Konrad Specker
17	Rainer Schneider	Christine Degenhart
18	Sylvio Bohr	Joachim Siebler
19	Elisabeth Janner	Roland Zintl
20	Petra Tuttas	Johannes Becher
21	Sigrid Friedl-Laussenmeyer *)	Barbara Gräfin von Baudissin-Schmidt *)
22	Johanna Schildbach-Halser *)	Tobias Ruff *)
23	Florian Weber	Hubert Dorn

*) Änderung durch Beschluss des BT vom 17.12.2015)

Bayerischer Bezirkstag - Hauptausschuss (9 Sitze)

	Mitglied	Stellvertreter/in
1	Barbara Kuhn	Harald Schwab
2	Dr. Rainer Großmann	Anton Spitzbauer
3	Friederike Steinberger	Beate Meyer
4	Josef Loy	Franz Hofstetter
5	Michael Asam	Helga Hügenell
6	Gerhard Wimmer	Dr. Mike Malm
7	Rainer Schneider	Marianne Heigl
8	Petra Tuttas	Joachim Siebler
9	Florian Weber *)	Hubert Dorn *)

*) Änderung durch Beschluss des BT vom 17.12.2015)

Kommission Bezirkliche Kinder- und Jugendarbeit (8 Sitze)

	Mitglied	Stellvertreter/in
1	Birgit Hainz	Annemarie Funke
2	Simon Schindlmayr	Georg Wetzelsperger
3	Sabine Wohlrab	Beate Meyer
4	Helga Hügenell	Martin Eberl
5	Christina Hörl	Elisabeth Jordan
6	Johannes Becher	Jan Halbauer
7	Marianne Heigl	Konrad Specker
8	Martina Wenta *)	Johanna Schildbach-Halser *)

*) Änderung durch Beschluss des BT vom 17.12.2015)

Medaillen Kommission (8 Sitze)

	Mitglied	Stellvertreter/in
1	Barbara Kuhn	Dr. Rainer Großmann
2	Karin Hobmeier	Anton Spitzbauer
3	Gabriela Off-Nesselhauf	Susanne Linhart
4	Martin Eberl	Katja Weitzel
5	Dr. Mike Malm	Hiltrud Broschei
6	Sepp Hofer	Dr. Michael Schanderl
7	Roland Zintl	Sylvio Bohr
8	Hubert Dorn *)	Florian Weber *)

*) Änderung durch Beschluss des BT vom 17.12.2015)

Gremium zur Gesundheits-, Sozial- und Versorgungsplanung (neu 9 Sitze)

	Mitglied	Stellvertreter/in
1	Dr. Rainer Großmann	Barbara Breher
2	Josef Loy	Reinhard Eichiner
3	Beate Meyer	Birgit Hainz
4	Irmgard Hofmann	Hiltrud Broschei
5	Konrad Specker	Marianne Heigl
6	Johannes Becher	Petra Tuttas
7	Barbara Gräfin von Baudissin-Schmidt	Dr. Gabriela Berg *)
8	Florian Weber *)	Hubert Dorn *)
9	Martina Wenta *)	Tobias Ruff *)

*) Änderung durch Beschluss des BT vom 17.12.2015)

Kliniken des Bezirks Oberbayern - Kommunalunternehmen – Verwaltungsrat (12 Sitze)

	Mitglied	Stellvertreter/in
1	Alexandra Bertl	Annemarie Funke
2	Ingeborg Linder	Sebastian Friesinger
3	Josef Loy	Franz Hofstetter
4	Friederike Steinberger	Georg Wetzelsperger
5	Dr. Rainer Großmann	Barbara Kuhn
6	Birgit Hainz	Gabriela Off-Nesselhauf
7	Gerhard Wimmer	Helga Hügenell
8	Dr. Günther Rödiger	Irmgard Hofmann
9	Rainer Schneider	Sepp Hofer
10	Petra Tuttas	Johannes Becher
11	Barbara Gräfin von Baudissin-Schmidt *)	Sigrid Friedl-Lausenmeyer *)
12	Florian Weber	Hansjörg Barth

*) Änderung durch Beschluss des BT vom 17.12.2015)

Beschluss:	Der Bezirkstag nimmt den Wechsel von Frau Dr. Gabriela Berg von der Piratenpartei zur FDP und die neuen Ausschussgemeinschaften ÖDP und Piraten, bzw. Bayernpartei / ÖDP und Piraten zur Kenntnis. Der Bezirkstag beschließt die von den Fraktionen und den Ausschussgemeinschaften vorgetragenen Vorschläge für die neue Besetzung der ständigen und weiteren Ausschüsse, sowie der sonstigen Gremien. Änderungen bei den Referenten und Berichterstattern werden während der laufenden Wahlperiode nicht vorgenommen. Zum Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses wird Herr Richard Salvermoser bestellt. Zum Stellvertreter wird Herr Harald Schwab bestellt. angenommen
	Ja 60 Nein 0

TOP 5 Änderungen der Richtlinie zur Vergabe von Zuwendungen des Bezirks Oberbayern

Das BayVwVfG wurde geändert. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit die Zuwendungsrichtlinie des Bezirks Oberbayern abzuändern. Diese rechtlich zwingend notwendige Änderung wurde zum Anlass genommen noch weitere Änderungen auf den Weg zu bringen.

Beschluss:	Der Bezirkstag beschließt die Richtlinie zur Vergabe von Zuwendungen des Bezirks Oberbayern (ZwRichtlBez) wie folgt zu ändern: I. Grundsätze und Fördervoraussetzungen I.1.2.Satz 1
-------------------	--

Formatiert: Schriftart: 11 Pt.

Formatiert: Schriftart: 11 Pt.

Formatiert: Schriftart: 11 Pt.

Die Worte „nicht oder“ werden gestrichen.

I.1.2.Satz 2

Nach dem Wort „Ein...“ werden folgende beiden Wörter eingefügt: „vor Antragstellung“.

I.2.2.

Dieser Absatz wird gestrichen und durch folgenden neuen Absatz ersetzt:

„Besonders förderwürdig sind inklusive Vorhaben, die einer gleichberechtigten Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben dienen - unabhängig von Behinderung, Alter, Herkunft, Religionszugehörigkeit, Bildung, Geschlecht oder sonstigen individuellen Merkmalen.“

II. Arten der Förderung

II.1.1.

Nach dem Wort „ausschließlich“ werden die Wörter „die, vom Landesamt für Denkmalpflege festgestellten...“ ergänzt.

II.1.2. letzter HS

Der Halbsatz „sowie die gesamte Außenrenovierung von Pfarrkirchen“ wird ersatzlos gestrichen.

II.1.3 Satz 1

Dieser wird gestrichen und durch folgenden neuen Satz ersetzt:

„Bezuschusst werden in der Regel 10 v. H., in bedeutsamen Fällen auch 20 v. H. der denkmalpflegerischen Mehrkosten.“

II.1.3.Satz 2

Nach dem Wort „Eigentümers“ werden die Wörter „/Besitzers, der sich hierfür mit dem Eigentümer abgestimmt hat,“ eingefügt.

II.3.4.

Satz 1

Nach den Worten „...die Übernachtung“ werden die Worte „und die Reisekosten“ eingefügt.

Satz 2

Vor dem Wort „Ausgaben“ werden die Wörter „Einnahmen und...“ eingefügt.

Im selben Satz, nach dem Strichpunkt werden nach den Worten „...über den zeitlichen Umfang ist.“ die Worte „beim Verwendungsnachweis“ eingefügt.

II.3.5 Satz 2

Im Klammerzusatz wird das Wort Integrationsprojekte gestrichen.

II.5.1

Der Absatz wird gestrichen und durch folgende Formulierung ersetzt:

„Gefördert werden auf überregionaler Ebene Verbände, insbesondere für die Ausbildung und Weiterbildung von Sport- und Jugendleitern bzw. Betreuern.“

III. Verfahren

III.1.1

Satz 2 wird gestrichen und durch die folgenden Sätze 2 bis 4 ersetzt.

Satz 2 neu:

Antragsberechtigt für die Sportförderung nach II.5.1. sind folgende deutsche Sportdachverbände:

Bayerischer Landessportverband (BLSV), Bezirk I Oberbayern

Bayerischer Gehörlosensportverband e. V., Bezirk Oberbayern

Behinderten- und Versehrtensportverband e. V., Bezirk Oberbayern

Bayerischer Sportschützenbund (BSSB), Bezirk Oberbayern und München

und alle angeschlossenen Sportfachverbände.

Satz 3 neu:

Antragsberechtigt für eine Sportveranstaltung nach II.5.3. sind alle Antragsberechtigten nach Satz 2, sowie alle Sportvereine.

Satz 4 neu:

Antragberechtigt für eine Förderung nach II.5.2. sind die Eigentümer der Sportanlage im örtlichen Bereich.

III.1.2.Satz 2

Nach dem Wort „bereitgestellten...“ wird das Wort „aktuellen“ eingefügt.

III.1.3.Satz 1

Nach dem Wort „einzureichen“ wird der Klammerzusatz „(das Datum des Poststempels 31.Oktober reicht hierfür nicht aus)“ angefügt.

III.1.3.letzter Satz

Nach dem Wort „Denkmalpflege“ werden folgende Wörter ergänzt „im Bereich des

Imkerei- und Fischereiwesens...“.

III.2.4

Der Satz wird gestrichen und durch folgenden Satz ersetzt:

„Der Antragsteller ist verpflichtet, in Druckerzeugnissen (z. B. Karten, Plakaten, Katalogen) und auf digitalen Medien durch das Logo des Bezirks Oberbayern auf die Förderung durch den Bezirk Oberbayern hinzuweisen und auf Nachfrage ein Belegexemplar des Druckerzeugnisses einzureichen.

III.4

Im ersten Spiegelstrich werden die Wörter „nicht ausgeführt“ ersatzlos gestrichen.

Der zweite und dritte Spiegelstrich wird ersatzlos gestrichen.

Die Überschrift 4. Mitteilungspflichten, wird in 4. Mitteilungspflicht geändert.

III.5.2

Der vierte Absatz wird ersatzlos gestrichen.

III.7.2.

Der vierte Spiegelstrich wird gestrichen und durch folgende Regelung ersetzt:

- sich die Gesamtkosten bzw. im Bereich Denkmalpflege die denkmalpflegerischen Mehrkosten, um mehr als 20 v. H. verringert haben. In diesen Fällen ermäßigt sich die Zuwendung anteilig; die Differenz muss mindestens 500 € betragen. Dies gilt nicht für Vorhaben nach II.8.

III.7.2.

Der sechste Spiegelstrich wird gestrichen und wie folgt neu gefasst:

„- gegen die Mitteilungspflicht nach Ziffer III.4. verstoßen wurde“

III.8.

Satz 2 wird gestrichen und neu gefasst

Der zu erstattende Betrag ist gemäß Art. 49 a Abs. 3 Satz 1 BayVwVfG vom Eintritt der Unwirksamkeit des Bewilligungsbescheides an im Zeitraum bis 31.05.2015 mit sechs v. H. und ab 01.06.2015 mit drei Prozentpunkten über dem jeweils geltenden Basiszinssatz jährlich zu verzinsen.

Satz 3 wird am Schluss ergänzt mit den Worten “bzw. die Ausgaben im Antrag zu hoch angesetzt waren“.

IV. Inkrafttreten

Die Regelung wird durch folgenden Satz 4 ergänzt:

„Die vom Bezirkstag Oberbayern am 17.12.2015 beschlossenen Änderungen gelten ab 01.01.2016.“

	angenommen	Ja 60 Nein 0
--	-------------------	---------------------

TOP 6 Beteiligungsbericht Geschäftsjahr 2014 - Klinische Beteiligungen

Der Bezirksausschuss berät den „Beteiligungsbericht Geschäftsjahr 2014 – Klinische Beteiligungen“.

Der Bezirkstag berät den „Beteiligungsbericht Geschäftsjahr 2014 – Klinische Beteiligungen“.

Beschluss:	Der Bezirkstag nimmt den „Beteiligungsbericht Geschäftsjahr 2014 – Klinische Beteiligungen“ zur Kenntnis. zur Kenntnis genommen
-------------------	---

TOP 7 kbo, Kliniken des Bezirks Oberbayern - Kommunalunternehmen; Eröffnungsbilanz zum 01.01.2007

Der Bezirk Oberbayern berät und schließt die kbo-Eröffnungsbilanz gem. § 7 KUV.

Beschluss:	Der Bezirkstag beschließt die Eröffnungsbilanz (01.01.2007) von kbo, Kliniken des Bezirks Oberbayern – Kommunalunternehmen gem. § 7 der Verordnung über Kommunalunternehmen (KUV) mit einer Bilanzsumme von 237.381.243,70 €. angenommen	Ja 60 Nein 0
-------------------	--	---------------------

TOP 8 Dritter Sozialbericht des Bezirks Oberbayern im Rahmen der Gesamtsozialplanung

Der Dritte Sozialbericht des Bezirks Oberbayern bezieht sich auf den Berichtszeitraum 2013 bis 2015 sowie auf den Planungszeitraum 2016 bis 2020. Der Bericht wurde in der Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 12.11.2015 beraten und beschlossen.

Beschluss:	Der Bezirkstag nimmt den Dritten Sozialbericht des Bezirks Oberbayern zur Kenntnis. zur Kenntnis genommen
-------------------	---

TOP 9 Bekanntgaben und Sonstiges

BTP Mederer gibt mit großer Freude bekannt, dass dreimal in diesem Jahr ein Nachwuchs verkündet wurde, bei Knöferl, Bertl und Wenta.

Herr Mederer bedankt sich ebenfalls für die konstruktive Zusammenarbeit und wünscht allen ein gesegnetes Weihnachtsfest sowie ein gutes gesundes neues Jahr.

Beschluss:	Es wurde kein Beschluss gefasst.
-------------------	---

Um 12:21 Uhr schließt Bezirkstagspräsident Josef Mederer die öffentliche Sitzung.

Josef Mederer
Bezirkstagspräsident

Margit Wieser
Protokollführerin